

BAYERISCHER LANDKREISTAG

KOMPAKT

LANDKREISVERSAMMLUNG 2026



**BAYERISCHE
KLIMAWOCHE 2026**

**KOMMUNEN
AM LIMIT**

**NAMENSARTIKEL DES
BAYERISCHEN
MINISTERPRÄSIDENTEN**



Ausgabe 03 Juli 2026



Aktuell

Landkreisversammlung

- 34** Landkreisversammlung 2026: Zwischen Rekordbelastung und Reformstau – Karmasin einstimmig als Präsident bestätigt
- 40** Ein Festabend der Wertschätzung und des Dankes

Aus den Landkreisen

- 47** Landkreise München, Leipzig und Esslingen tauschen sich über Demografie und Bevölkerungsschutz aus – Dreiergipfel im Landkreis Esslingen
- 48** Fünf Jahre Pflegestützpunkt im Landkreis Dillingen a.d. Donau – eine Erfolgsgeschichte
- 50** Ein weiterer Baustein für Sicherheit und schnelle Hilfe – Kreiseinsatzzentrale am Landratsamt Landshut offiziell eröffnet
- 52** Offizieller Startschuss für das Naturschutzgroßprojekt „Grünes Band Dreiländereck“ in Mödlareuth – Auftakt für ein länderübergreifendes Zukunftsprojekt
- 54** Neuer Jugendkreistag im Landkreis Aschaffenburg – Gremium zum Mitreden, Mitentscheiden und Mitgestalten
- 56** Ein Jahr TTZ Nürnberger Land: Erfolgreiche Bilanz für Innovation und Transfer
- 57** Landrat Ebeling setzt Zeichen für Barrierefreiheit

58 Personalien

Bildunterschrift Titelseite:

Die neuen und wiedergewählten Mitglieder des engeren Präsidiums: Landrat Dr. Oliver Bär, Hof, Vizepräsident, Landrat Thomas Karmasin, Fürstenfeldbruck, Präsident, Landrätin Tamara Bischof, Kitzingen, Vizepräsidentin, Andrea Degl, Geschäftsführendes Präsidialmitglied, Landrat Armin Kroder, Nürnberger Land, Vizepräsident

GESTALTUNGSSPIEL- RÄUME SICHERN - VERANTWORTUNG WIRKSAM WAHRNEHMEN

EDITORIAL

Von Andrea Degl,
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Bayerischen Landkreistags



Liebe Leserinnen und Leser,

mit der Landkreisversammlung 2026 hat auch für den Bayerischen Landkreistag eine neue Wahlperiode begonnen. Das engere Präsidium des Bayerischen Landkreistags wurde neu gewählt, die Bezirksverbände haben sich bereits im Vorfeld und die Fachausschüsse im Nachgang neu konstituiert und ihre Arbeit aufgenommen. Damit sind die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen, um die Interessen der Landkreise in den kommenden Jahren geschlossen und mit neuer Legitimation zu vertreten.

Unsere konstituierende Landkreisversammlung in Fürstenfeldbruck ist in eine Phase gefallen, in der sich zeigt, wie die kommunale Selbstverwaltung auch unter zunehmend anspruchsvollen Rahmenbedingungen ihre Gestaltungskraft bewahren und weiterentwickeln kann. Denn Selbstverwaltung erschöpft sich nicht in der Erfüllung gesetzlicher Aufgaben. Sie lebt von der Möglichkeit, Entwicklungen vor Ort eigenverantwortlich zu gestalten.

Verantwortung braucht Handlungsspielräume

Die Landkreise tragen Verantwortung für zentrale Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge – von Gesundheitsversorgung über Jugendhilfe bis hin zu Bevölkerungsschutz und Infrastruktur. Gleichzeitig wachsen die Anforderungen stetig: Gesetzliche Vorgaben werden immer noch komplexer, Fallzahlen steigen und der Investitionsbedarf nimmt zu. Damit kommunale Verantwortung wirksam wahrgenommen werden kann, müssen Aufgaben, Zuständigkeiten und finanzielle Ausstattung dauerhaft im Gleichgewicht bleiben. Wer den Landkreisen neue Verpflichtungen überträgt, muss ihnen auch die notwendigen (finanziellen) Handlungsspielräume eröffnen. Inwiefern hier der Beschluss der Ministerpräsidenten mit dem Bund vom 25.06.26 zur

Veranlassungskonnexität tatsächlich den Kommunen zugutekommt, wird sich zeigen. Es ist in jedem Fall ein längst überfälliger Schritt in die richtige Richtung.

Gemeinsam mehr erreichen

Ob im Präsidium, in den Bezirksverbänden oder den Fachausschüssen: Unsere Stärke ist die Geschlossenheit, mit der wir unsere Positionen und Forderungen vertreten, unabhängig von parteipolitischer Färbung. Das Motto unserer konstituierenden Versammlung „Gemeinsam gut. Gemeinsam weiter“ hat dies auf den Punkt gebracht. Ich möchte alle Landrätinnen und Landräte zu einer aktiven Teilnahme an unseren Gremien und Fachausschüssen einladen – dieser Austausch ist kein Selbstzweck, sondern partnerschaftlicher Dialog, Einblick in die jeweilige Praxiserfahrung und Impulsgeber für neue Ideen und Herangehensweisen.

Innovation beginnt vor Ort

Wie groß die Innovations- und Gestaltungskraft der Landkreise ist, zeigt auch diese Ausgabe. Beiträge aus den sieben Bezirksverbänden verdeutlichen, mit welchem Engagement und welcher Kreativität vor Ort an Lösungen gearbeitet wird – sei es bei der Weiterentwicklung der Infrastruktur, der Digitalisierung, im Bevölkerungsschutz oder in der Sicherung einer leistungsfähigen Daseinsvorsorge. Sie machen deutlich, dass Landkreise nicht nur staatliche Aufgaben vollziehen, sondern regionale Entwicklung aktiv gestalten.

Die Zukunft gemeinsam gestalten

Die neue Wahlperiode bietet die Chance, Bewährtes fortzuführen und zugleich neue Impulse zu setzen. Entscheidend wird sein, die kommunale Selbstverwaltung weiter zu stärken und den Landkreisen die Freiräume zu erhalten, die sie für verantwortungsvolles Handeln benötigen. Der Bayerische Landkreistag wird diesen Weg auch künftig engagiert begleiten – als starke Stimme der bayerischen Landkreise und als verlässlicher Partner für eine leistungsfähige kommunale Ebene.

Ihre



Andrea Degl

Der Bayerische Ministerpräsident



Landkreise und Freistaat Hand in Hand

Der Freistaat und die Kommunen sind Partner auf Augenhöhe. Die Jahresversammlung des Bayerischen Landkreistags hat auch in diesem Jahr wieder deutlich gemacht: Der direkte Draht zwischen Staatsregierung und kommunaler Familie ist wichtig. Wir spielen in einem Team – denn die großen Zukunftsfragen unseres Landes lassen sich nur gemeinsam beantworten. Vielen Dank an den Präsidenten des Bayerischen Landkreistags Thomas Karmasin und an alle Landrätinnen und Landräte für die gute Zusammenarbeit!

In Bayern ist das Verhältnis zwischen Freistaat und Kommunen eine echte Partnerschaft. Die Anliegen der Landkreise sind auch Anliegen der Staatsregierung. Der Freistaat Bayern ist und bleibt ein starker Anwalt seiner Kommunen.

Bayern unterstützt sie in diesem Jahr auf Rekordniveau: Jeder dritte Euro aus dem Haushalt geht an die kommunale Ebene. Die Gesamtleistungen im Jahr 2026 belaufen sich, einschließlich der Zuweisungen aus dem Sondervermögen des Bundes, auf rund 27,8 Mrd. €. Der Kommunale Finanzausgleich erreicht in diesem Jahr mit über 12,8 Mrd. € einen neuen Rekord – ein Plus von fast 850 Mio. € im Vergleich zum letzten Jahr.

- 2 -

Diese kräftigen Finanzspritzen sind nötig geworden, weil wir in herausfordernden Zeiten leben. Die vergangenen Jahre haben uns vor Augen geführt, wie schnell sich Rahmenbedingungen verändern können. Auf viele Jahre wirtschaftlichen Wachstums folgten die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, internationale Konflikte und tiefgreifende Veränderungen in der Weltwirtschaft. Hinzu kommen die Herausforderungen der Digitalisierung, des demografischen Wandels und eines zunehmend intensiver werdenden internationalen Wettbewerbs. Gerade exportorientierte Regionen wie Bayern spüren diese Entwicklungen unmittelbar.

Trotzdem steht Bayern im bundesweiten Vergleich weiterhin sehr gut da. Unsere Wirtschaft ist leistungsfähig. Von den zehn wirtschaftsstärksten Regionen in Deutschland liegen sieben in Bayern – von den Top 100 sind es sogar 58. Bei Zukunftsthemen wie Innovation, Forschung und Digitalisierung nimmt der Freistaat Bayern Spitzenplätze ein. So machen wir bei der digitalen Verwaltung mit Erfolg Tempo: Von den 100 besten Kommunen in Deutschland kommen 88 aus Bayern. Bei Start-ups ist Bayern deutschlandweit die Nummer 1 und hat Berlin deutlich überholt. München belegt im weltweiten Vergleich der besten Tech-Ökosysteme Platz 17, vor Größen wie Peking, Seattle oder Mumbai. Jedes fünfte neue Start-up in Deutschland wird mittlerweile in Bayern gegründet – in der Stadt und auf dem Land.

Diese Erfolge sind auch möglich, weil die Kommunen in Bayern verantwortungsvoll handeln und auf einer vergleichsweise soliden finanziellen Grundlage in die Zukunft investieren: Die kommunalen Investitionsausgaben haben letztes Jahr mit rund 14,2 Mrd. € einen neuen Rekordwert erreicht, die Investitionsquote liegt bei über 22 % – und damit deutlich über dem Schnitt der westdeutschen Flächenländer (15,3 %).

Dennoch dürfen wir uns darauf nicht ausruhen. Andere Regionen und Staaten holen auf. In meiner Regierungserklärung Ende Mai habe ich deshalb die Bayern-Agenda 2030 vorgestellt.

Wir machen keine neuen Schulden, investieren mit der High-Tech-Agenda bis 2027 rund 6 Mrd. € in Zukunftstechnologien und legen für die Wissenschaft in diesem Jahr noch eine weitere Milliarde obendrauf. Auch die Kindertagesbetreuung stellen wir auf ein noch stärkeres Fundament: Mit der BayKiBiG-Reform stockt der Freistaat Bayern einseitig seine staatliche Betriebskostenförderung um insgesamt 25 % auf und entbürokratisiert im selben Atemzug die Förderung massiv.

Um die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes zu sichern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, sind die Landkreise sehr wichtig. Sie sind nah an den Bürgerinnen und Bürgern, kennen die Herausforderungen vor Ort und sorgen dafür, dass staatliches Handeln im Alltag spürbar wird.

Gleichzeitig stehen sie unter erheblichem Druck. Die finanzielle Situation vieler Kommunen hat sich in den vergangenen Jahren verschärft. Ursache dafür ist meist nicht mangelnde Haushaltsdisziplin, sondern vor allem die Dynamik der Ausgaben. Insbesondere die Kosten in Bereichen wie Jugendhilfe, Eingliederungshilfe und anderen sozialen Leistungen steigen seit Jahren deutlich stärker als die Einnahmen. Hier ist eine nachhaltige Reform dringend notwendig, die die Kommunen entlastet. Dafür setzt sich Bayern mit Nachdruck auf Bundesebene ein. Wir müssen gemeinsam darüber sprechen, wie wir Kostenentwicklungen besser steuern und staatliche Leistungen noch zielgerichteter ausgestalten können. Soziale Unterstützung muss dort ankommen, wo sie wirklich benötigt wird. Dabei trägt der Staat auch Verantwortung gegenüber denjenigen, die diese Leistungen durch ihre Arbeit und ihre Steuern finanzieren.

- 4 -

Die Einigung zur Veranlassungskonnexität auf der Ministerpräsidentenkonferenz Ende Juni 2026 ist ein wichtiges Signal, für das Bayern seit Jahren gekämpft hat: Wer bestellt, bezahlt künftig grundsätzlich auch. Es waren der beharrliche Druck aus Bayern und die gute Zusammenarbeit mit unseren Kommunen, die diesen Durchbruch ermöglicht haben.

Die neue Regelung ist ein klares Signal der Fairness für unsere Heimat. Sie trägt dazu bei, unsere Städte, Gemeinden und Landkreise künftig vor unkalkulierbaren neuen Lasten aus Berlin zu schützen.

Eine weitere Entlastung schaffen wir durch Bürokratieabbau. Zu viele Vorschriften, lange Genehmigungswege und komplizierte Verfahren bremsen Bürger, Unternehmen und Verwaltungen gleichermaßen. Deshalb will die Staatsregierung Regelungen vereinfachen und mehr Handlungsspielräume vor Ort schaffen. Dabei sind die Erfahrungen der Landkreise unverzichtbar. Wer täglich Verantwortung in der Praxis trägt, weiß am besten, wo Verfahren vereinfacht und Entscheidungen beschleunigt werden können. Aus diesem Grund wird Bayern Modellregionen schaffen, in denen den Kommunen mehr Freiheit und Kreativität ermöglicht wird.

Der Freistaat Bayern geht beim Bürokratieabbau voran: Über 700 Einzelmaßnahmen zur Entbürokratisierung haben wir seit 2018 umgesetzt – so viele wie kein anderes Land! Seit Mitte 2024 wurden 15 % aller Verwaltungsvorschriften aufgehoben, bis Ende 2026 sollen es 30 % sein. Fünf Modernisierungsgesetze haben wir seit 2024 auf den Weg gebracht, davon sind vier bereits in Kraft – alle in enger Abstimmung mit Kommunen und Wirtschaft.

Ich weiß, auch die Krankenhausreform des Bundes und die wirtschaftliche Lage vieler Kliniken beschäftigen zahlreiche Landkreise. Unser gemeinsames Ziel bleibt eine hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung in allen Regionen Bayerns.

Nicht jede Leistung muss an jedem Standort angeboten werden. Entscheidend ist aber, dass die Notfallversorgung zuverlässig sichergestellt wird und die Menschen darauf vertrauen können, im Ernstfall schnell und kompetent Hilfe zu erhalten. Die Umsetzung der Krankenhausreform wird deshalb nur gelingen, wenn Freistaat und öffentliche Träger Hand in Hand arbeiten.

Neben diesen Themen stehen weitere wichtige Aufgaben auf der Agenda: der Ausbau der Infrastruktur, die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs, die Digitalisierung der Verwaltung, die Sicherung der Energieversorgung und die Gewinnung von Fachkräften.

Die kommenden Jahre werden anspruchsvoll. Wir erleben eine zunehmende Polarisierung gesellschaftlicher Debatten und einen wachsenden Druck auf unsere demokratischen Institutionen. Umso wichtiger ist es, dass die demokratischen Kräfte zusammenstehen und Verantwortung übernehmen.

Es wird Entscheidungen geben, die nicht immer einfach sind. Nicht jeder Wunsch wird sich erfüllen lassen und nicht jede Maßnahme wird auf Zustimmung stoßen. Politik bedeutet aber, Verantwortung zu übernehmen und Lösungen zu entwickeln – auch unter schwierigen Bedingungen. Die Bayerische Staatsregierung wird diesen Weg in engem Schulterschluss mit den Kommunen gehen.

Ich bin überzeugt: Bayern hat die Kraft, die Erfahrung und den Zusammenhalt, um diese Herausforderungen erfolgreich zu meistern. Voraussetzung

- 6 -

dafür ist, dass Freistaat und kommunale Ebene weiterhin vertrauensvoll zusammenarbeiten.

Leistungsfähige Kommunen sind die Grundlage für ein starkes Bayern. Die Landkreise sind unverzichtbarer Pfeiler unseres Gemeinwesens. Gemeinsam werden wir die Zukunftsfragen unseres Landes anpacken und Bayern auch in den kommenden Jahren erfolgreich weiterentwickeln.

Vielen Dank für Ihren leidenschaftlichen Einsatz für die kommunale Familie und alles Gute für die Zukunft!

A handwritten signature in blue ink, consisting of stylized cursive letters, likely representing the name of the official.

AKTUELL

PRÄSIDIUM DES BAYERISCHEN LANDKREISTAGS BERÄT ÜBER ZUKUNFT DES ARBEITSMARKTES UND NOTWENDIGE STAATSREFORMEN



V.r.: Landrat Anton Speer, Garmisch-Partenkirchen, Landrat Dr. Alexander Legler, Aschaffenburg, Landrat Richard Reisinger, Amberg-Weizsäckchen, und Vizepräsident und Landrat Dr. Oliver Bär, Hof

Wie bleibt Bayern wirtschaftlich stark? Wie gelingt die Fachkräftesicherung? Und wie kann die staatliche Verwaltung leistungsfähiger, bürgernäher und effizienter werden? Mit diesen zentralen Zukunftsfragen befasste sich das Präsidium des Bayerischen Landkreistags bei seiner Sitzung im Haus der bayerischen Landkreise in München.

Austausch zur Lage des bayerischen Arbeitsmarkts

Im Mittelpunkt der Sitzung stand zunächst der Austausch mit Dr. Markus Schmitz, Vorsitzender der Geschäftsführung der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit. Gemeinsam mit den Landrätinnen und Landräten analysierte er die aktuelle Entwicklung des bayerischen Arbeitsmarkts und zeigte die Herausforderungen der kommenden Jahre auf.

Bayern verfüge weiterhin über den erfolgreichsten Arbeitsmarkt Deutschlands, gleichzeitig nehme der Veränderungsdruck jedoch spürbar zu. Die Einstellungsbereitschaft vieler Unternehmen sei rückläufig, während insbesondere die Transformation der Automobil- und Zulieferindustrie neue Anforderungen an viele Beschäftigte und Betriebe stelle. Hinzu komme ein anhaltender Mangel an qualifizierten Fachkräften.

Fachkräftesicherung bleibt zentrale Zukunftsaufgabe

Einigkeit bestand darin, dass Weiterbildung und Qualifizierung künftig eine noch größere Rolle spielen müssen. Gleichzeitig gelte es, alle inländischen Potenziale – etwa durch die stärkere Aktivierung von Frauen, älteren Beschäftigten und Quereinsteigern – besser auszuschöpfen. Darüber hinaus wurde deutlich, dass Bayern auch auf eine gezielte und systematische Erwerbsmigration qualifizierter Fachkräfte angewiesen sein wird, um den Wirtschaftsstandort langfristig zu sichern.

Die Diskussion machte zudem deutlich, dass Digitalkompetenzen und lebenslanges Lernen angesichts des technologischen Wandels – insbesondere durch den Einsatz Künstlicher Intelligenz – unverzichtbar werden.



V.l.: Landrat und Vizepräsident Armin Kroder, Nürnberger Land, Landrat Elmar Stegmann, Lindau (Bodensee), und Landrätin und Vizepräsidentin Tamara Bischof, Kitzingen

Staatsreform: Landratsämter stärken und Bürokratie abbauen

Ein weiterer Schwerpunkt der Sitzung war die Kommission „Staatsreform“ der Bayerischen Staatsregierung. Das Präsidium verständigte sich auf die Schwerpunkte, die der Bayerische Landkreistag in die weiteren Beratungen einbringen wird.

Im Mittelpunkt standen die Stärkung der Landratsämter als leistungsfähige Bündelungsbehörden, der Abbau von Doppelzuständigkeiten sowie klarere Verantwortlichkeiten zwischen staatlichen Ebenen. Ebenso sprach sich das Präsidium für schnellere Entscheidungswege, eine konsequente Aufgabenkritik und eine stärkere Orientierung an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger aus.

Diskutiert wurden außerdem Möglichkeiten, Parallelstrukturen abzubauen, die Zusammenarbeit zwischen Behörden zu verbessern und Reformen künftig stärker an den praktischen Erfahrungen der Landratsämter auszurichten.

Thomas Karmasin: „Mut zu echten Reformen“

Thomas Karmasin, Präsident des Bayerischen Landkreistags, betonte: „Unsere Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht einen Staat, der funktioniert, entscheidet und Lösungen ermöglicht. Dafür braucht es den Mut zu echten Reformen – nicht nur kleine Korrekturen. Starke Landkreise, eine moderne Verwaltung und eine nachhaltige Fachkräftestrategie sind entscheidende Bausteine dafür, dass Bayern auch in Zukunft erfolgreich bleibt.“

Gemeinsam Verantwortung für Bayerns Zukunft übernehmen

Die Sitzung machte deutlich: Die großen Zukunftsaufgaben können nur gemeinsam bewältigt werden. Ein leistungsfähiger Arbeitsmarkt, eine verlässliche Fachkräftestrategie und eine moderne, handlungsfähige Verwaltung sind wesentliche Voraussetzungen dafür, dass Bayern auch künftig erfolgreich, wettbewerbsfähig und lebenswert bleibt. Mit seinen Positionen wird sich der Bayerische Landkreistag weiterhin aktiv in die anstehenden Reformprozesse auf Landes- und Bundesebene einbringen.

V.l.n.r.: Präsident Thomas Karmasin, Vizepräsidentin Tamara Bischof, Dr. Markus Schmitz, Vorsitzender der Geschäftsführung der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit, Andrea Degl, Geschäftsführendes Präsidialmitglied, und Vizepräsident Dr. Oliver Bär



V.l.: Landrat Elmar Stegmann, und Vizepräsidentin Tamara Bischof



V.r.n.l.: Landrätin Tanja Schweiger, Regensburg, Landrat Werner Bumeder, Dingolfing-Landau, Landrat Dr. Hans Reichhart, Günzburg, Landrat Anton Speer, Garmisch-Partenkirchen, und Landrat Richard Reisinger, Amberg-Weizsach



BAYERISCHER LANDKREISTAG STELLT AUSSCHÜSSE NEU AUF

Mit der Konstituierung seiner Fachausschüsse hat der Bayerische Landkreistag die Weichen für die nächsten sechs Jahre gestellt. In den zurückliegenden Wochen wählten die Mitglieder neue Vorsitzende und Stellvertreter für die fünf Fachausschüsse des Kommunalen Spitzenverbandes. Alle Ergebnisse waren einstimmig und zeigen einmal mehr die Geschlossenheit der bayerischen Landrätinnen und Landräte über Parteigrenzen hinweg.



V.l.: Präsident Thomas Karmasin, der neue Ausschussvorsitzende Werner Bumeder und das Geschäftsführende Präsidialmitglied Andrea Degl

PARTEIUNABHÄNGIGE VERANTWORTUNG FÜR DIE ZUKUNFT DER KOMMUNEN

Die Ausschüsse des Bayerischen Landkreistags sind das fachpolitische Herzstück der kommunalen Interessenvertretung. Hier werden aktuelle Herausforderungen analysiert, Positionen entwickelt und Empfehlungen für die politische Arbeit des Bayerischen Landkreistags erarbeitet. Von der Finanzierung der Kommunen über Rechts- und Bildungspolitik bis hin zu Gesundheit, Sozialem sowie Umwelt- und Infrastrukturfragen bündeln die Gremien die Expertise der bayerischen Landrätinnen und Landräte und schaffen die Grundlage für eine starke kommunale Stimme.

Ausschuss für Finanzen und Sparkassen

Den Auftakt der Neuwahlen machte der Ausschuss für Finanzen und Sparkassen. Die Mitglieder wählten Landrat **Werner Bumeder**, Dingolfing-Landau, zum Vorsitzenden und Landrat **Christoph Göbel**, München, als stellvertretenden Vorsitzenden.

Der Ausschuss befasst sich mit den finanziellen Rahmenbedingungen der Landkreise und damit mit einem der grundsätzlich drängendsten kommunalpolitischen Themen überhaupt. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Vorbereitung der kommenden Verhandlungen zum kommunalen Finanzausgleich, die weiterhin stark steigenden Sozialausgaben sowie die wirtschaftlich angespannte Situation der kommunalen Krankenhäuser.

Die Mitglieder machten deutlich, dass die Kommunen trotz Verbesserungen beim letzten kommunalen Finanzausgleich weiterhin mit Rekorddefiziten konfrontiert sind. Allein für die Jahre 2024 und 2025 werden Defizite von mehr als zehn Milliarden Euro erwartet. Mit Blick auf den Bund bestand Einigkeit darüber, dass Aufgaben, Finanzierung und Verantwortung wieder stärker zusammengeführt werden müssen. Wer den Kommunen neue gesetzliche Verpflichtungen überträgt, müsse auch dauerhaft für deren Finanzierung sorgen.

Auch die Krankenhausreform, der Bürokratieabbau sowie die Arbeit der Staatsreformkommissionen standen auf der Agenda. Ziel bleibt es, die finanzielle Handlungsfähigkeit der Landkreise langfristig zu sichern.

Ausschuss für Kommunales, Recht und Bildung

Im Ausschuss für Kommunales, Recht und Bildung wurde Landrat **Dr. Hans Reichhart**, Günzburg, zum Vorsitzenden gewählt. Sein Stellvertreter ist künftig Landrat **Ben Schwarz**, Roth.

Im Mittelpunkt der ersten Sitzung stand u.a. der Bevölkerungsschutz. Angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Lage sehen die Landkreise insbesondere beim Zivilschutz erheblichen Nachholbedarf. Während Bayern über leistungsfähige Strukturen im Katastrophenschutz verfügt, müssen viele zivile Schutzkapazitäten neu aufgebaut werden.

Die Ausschussmitglieder machten deutlich, dass die Landkreise im Krisenfall eine Schlüsselrolle übernehmen – von der Koordination der Hilfsorganisationen über die Sicherstellung funktionierender Verwaltungsstrukturen bis hin zum Schutz kritischer Infrastrukturen. Voraussetzung hierfür seien jedoch klare gesetzliche Vorgaben, bundesweit einheitliche Standards sowie eine verlässliche personelle und finanzielle Ausstattung.

Daneben beschäftigte sich der Ausschuss mit der Schulfinanzierung, der Digitalisierung der Schulen, der Schülerbeförderung, der Reform der Notfallversorgung sowie kommunalrechtlichen Fragestellungen.



Der neue stellv. Vorsitzende des Ausschusses für Finanzen und Sparkassen Christoph Göbel (Mitte)



V.l.: Landrat Armin Kroder, bisheriger Ausschussvorsitzender, Landrat Dr. Hans Reichhart, neuer Vorsitzender, Landrat Ben Schwarz, neuer stellv. Vorsitzender, Geschäftsführendes Präsidialmitglied Andrea Degl und Direktor Peter Görlich, Bayerischer Landkreistag

Ausschuss für Gesundheit, Jugend und Soziales

Der Ausschuss für Gesundheit, Jugend und Soziales wählte Landrat **Richard Reisinger**, Amberg-Sulzbach, als Vorsitzenden. Landrätin **Tamara Bischof**, Kitzingen, wurde als stellvertretende Vorsitzende bestätigt.

Die erste Sitzung stand ganz im Zeichen der dramatischen Entwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe. Die bayerischen Landkreise warnten vor einem „perfekten Sturm“: Immer mehr Kinder und Familien benötigen Unterstützung, gleichzeitig steigen die Ausgaben rasant, Fachkräfte fehlen und der Bund schafft weitere Rechtsansprüche, ohne deren Finanzierung ausreichend sicherzustellen.

Die Entwicklung der vergangenen Jahre verdeutlicht die Dimension dieser Herausforderung. Bundesweit stiegen die Nettoausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe 2024 auf 74,3 Milliarden Euro, in Bayern lagen sie bereits bei 10,9 Milliarden Euro. Besonders stark wuchsen die Ausgaben für Hilfen zur Erziehung und die Eingliederungshilfe.

Der Ausschuss forderte deshalb ein Umdenken auf Bundesebene. Nicht jede gesellschaftliche Entwicklung könne dauerhaft über die Kinder- und Jugendhilfe aufgefangen werden. Erforderlich seien leistungsfähige Strukturen im Gesundheitswesen, in den Schulen und in der Prävention sowie eine auskömmliche Finanzierung der gesetzlichen Aufgaben.



Vorne v.l.: Die wiedergewählte stellv. Vorsitzende Tamara Bischof, der neue Vorsitzende Richard Reisinger und das Geschäftsführende Präsidialmitglied Andrea Degl

Ausschuss für Landesentwicklung, Bauen und Umwelt

Auch im Ausschuss für Landesentwicklung, Bauen und Umwelt gibt es ein neues Führungsduo. Hier wählten die Mitglieder Landrat **Anton Speer**, Garmisch-Partenkirchen, zum Vorsitzenden. Neuer stellvertretender Vorsitzender ist Landrat **Alex Eder**, Unterallgäu.

Besonderes Gewicht erhielt in der konstituierenden Sitzung u.a. die Wasserpolitik. Die Landkreise unterstützen das Ziel eines langfristigen Trinkwasser- und Gewässerschutzes ausdrücklich. Gleichzeitig machten die Ausschussmitglieder deutlich, dass mit dem Wasserentnahmeentgelt, der Trinkwassereinzugsgebieteverordnung und dem Wassersicherstellungsgesetz innerhalb kurzer Zeit mehrere umfangreiche neue Aufgaben auf die Kreisverwaltungsbehörden übertragen wurden. Die dafür notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen seien bislang jedoch nicht ausreichend bereitgestellt worden.

Der Ausschuss appellierte deshalb an den Freistaat, zugesagte Konnexitätsmittel zeitnah ausbezahlen, den Vollzug der neuen Regelungen praxistauglicher auszugestalten und die Finanzierung der zusätzlichen Aufgaben dauerhaft sicherzustellen. Nur so könnten die Landkreise ihre Verantwortung für Umwelt-, Gewässer- und Bevölkerungsschutz auch künftig leistungsfähig erfüllen.



Vorne v.l.: Der neue stellv. Vorsitzende Alex Eder, Geschäftsführendes Präsidialmitglied Andrea Degl und der neue Vorsitzende Anton Speer

Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Verbraucherschutz

Auch im Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Verbraucherschutz gibt es ein neues Führungsduo. Hier wählten die Mitglieder Landrat **Robert Niedergesäß**, Ebersberg, zum Vorsitzenden. Neuer stellvertretender Vorsitzender ist Landrat **Klaus Löffler**, Kronach.

Besonderes Gewicht erhielt in der konstituierenden Sitzung die Zukunft der Kfz-Zulassung im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung. Die Landkreise sprachen sich klar gegen die geplante Zentralisierung der digitalen Standardverfahren beim Bund aus. Sie warnten davor, dass die kommunalen Zulassungsstellen künftig lediglich die komplexen und beratungsintensiven Einzelfälle bearbeiten müssten, während die einfach digitalisierbaren Verfahren einschließlich der Gebühreneinnahmen auf den Bund übergingen. Digitalisierung müsse Verwaltungsverfahren vereinfachen und dürfe nicht zu einer einseitigen Aufgabenverlagerung zulasten der kommunalen Ebene führen.

Der Ausschuss befasste sich außerdem mit der aktuellen wirtschaftlichen Lage des bayerischen Handwerks im Austausch mit dem Bayerischen Handwerkstag. Trotz einer weiterhin angespannten Konjunktur wurden die positive Entwicklung bei den Ausbildungszahlen sowie die Bedeutung des Handwerks als Rückgrat der regionalen

Wirtschaft hervorgehoben. Zugleich machten die Ausschussmitglieder deutlich, dass insbesondere der Fachkräftemangel, der Investitionsbedarf in die Bildungszentren und ein zu komplexes Vergaberecht große Herausforderungen darstellen.

Der Ausschuss appellierte deshalb an Bund und Freistaat, die kommunalen Zulassungsstellen als bürgernahe und leistungsfähige Verwaltungseinheiten zu erhalten, die Modernisierung der Bildungsinfrastruktur des Handwerks verlässlich zu unterstützen und Vergabeverfahren deutlich einfacher und praxistauglicher auszugestalten. Nur so könnten leistungsfähige Landkreise und ein starkes Handwerk auch künftig die wirtschaftliche Entwicklung in den Regionen sichern.



V.l.: Der neue stellv. Ausschussvorsitzende Klaus Löffler, Landrat Thomas Eberth, Würzburg, Landrat Andreas Danzer, Traunstein, Dr. Frank Hüpers, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Handwerkstags, der neue Vorsitzende des Ausschusses Robert Niedergesäß, Geschäftsführendes Präsidialmitglied Andrea Degl, Landrat Tobias Beck, Straubing-Bogen, und Landrat Christian Schindler, Cham

V.l.: Landrat Andreas Danzer, Traunstein, Landrat Christian Schindler, Cham, Landrat Raimund Kneidinger, Passau, Landrat Thomas Eberth, Würzburg, Landrat Albert Gürtner, Pfaffenhofen a.d. Ilm, der neue Vorsitzende Robert Niedergesäß, Geschäftsführendes Präsidialmitglied Andrea Degl, Landrat Tobias Beck, Straubing-Bogen, der neue stellv. Ausschussvorsitzende Klaus Löffler und Landrat Martin Meier, Neumarkt i.d.OPf.



Fazit

Mit der Neuaufstellung aller fünf Fachausschüsse setzt der Bayerische Landkreistag auf erfahrene kommunale Verantwortungsträger, die ihre fachliche Kompetenz und praktische Verwaltungserfahrung in die politische Arbeit einbringen. Angesichts wachsender finanzieller Belastungen, steigender gesetzlicher Anforderungen und großer Zukunftsaufgaben kommt den Ausschüssen eine Schlüsselrolle zu: Sie entwickeln Lösungen für die kommunale Praxis und sorgen dafür, dass die Anliegen der bayerischen Landkreise mit einer starken und geschlossenen Stimme in die Landes- und Bundespolitik eingebracht werden.

DIE BEZIRKSVERBÄNDE DES BAYERISCHEN LANDKREISTAGS SIND IN DIE NEUE WAHLPERIODE GESTARTET

Nach den Kommunalwahlen haben sich die sieben Bezirksverbände des Bayerischen Landkreistags neu konstituiert und ihre Vorsitzenden sowie Stellvertreter gewählt. Die Bezirksverbände bündeln die Interessen der Landkreise auf regionaler Ebene, entwickeln gemeinsame Positionen und bringen diese in die Arbeit des Bayerischen Landkreistags ein.

In Oberfranken wurde Landrat **Dr. Oliver Bär** (Landkreis Hof) als Vorsitzender bestätigt, sein Stellvertreter ist Landrat **Christian Meißner** (Landkreis Lichtenfels). In Schwaben wurden Landrat **Elmar Stegmann** (Landkreis Lindau (Bodensee)) einstimmig wiedergewählt. Sein neuer Stellvertreter ist Landrat **Alex Eder** (Landkreis Unterallgäu). Auch in Niederbayern erhielt Landrat **Sebastian Gruber** (Landkreis Freyung-Grafenau) erneut das Vertrauen der Mitglieder. Neuer Stellvertreter ist Landrat **Tobias Beck** (Landkreis Straubing-Bogen). In der Oberpfalz übernimmt erstmals eine Frau den Vorsitz eines Bezirksverbands: Die Landräte wählten Landrätin **Tanja Schweiger** (Landkreis Regensburg) einstimmig zur Vorsitzenden. Stellvertreter

ist Landrat **Thomas Ebeling** (Landkreis Schwandorf). Neu gewählt wurden außerdem Landrat **Armin Kroder** (Landkreis Nürnberger Land) zum Vorsitzenden des Bezirksverbands Mittelfranken mit Landrat **Alexander Tritthart** (Landkreis Erlangen-Höchststadt) als Stellvertreter sowie Landrat **Christoph Göbel** (Landkreis München) zum Vorsitzenden des Bezirksverbands Oberbayern. Sein Stellvertreter ist Landrat **Stefan Löwl** (Landkreis Dachau). In Unterfranken wählten die Mitglieder Landrat **Dr. Alexander Legler** (Landkreis Aschaffenburg) zum Vorsitzenden. Landrat **Florian Töpfer** (Landkreis Schweinfurt) wurde als stellvertretender Vorsitzender bestätigt.



Konstituierende Sitzung des Bezirksverbands Oberfranken am 14. April

Neben den personellen Entscheidungen beschäftigten sich die Bezirksverbände in ihren konstituierenden Sitzungen mit den zentralen Herausforderungen der kommenden Jahre. Im Mittelpunkt standen u.a. die angespannte Finanzlage der Kommunen, steigende Sozialausgaben, die Zukunft der Krankenhausversorgung, Bürokratieabbau, Bevölkerungsschutz sowie die Umsetzung des Bayerischen Modellregionengesetzes.



Konstituierende Sitzung des Bezirksverbands Schwaben am 16. April



Konstituierende Sitzung des Bezirksverbands
Niederbayern am 23. April



Konstituierende Sitzung des Bezirksverbands Oberpfalz am 29. April



Konstituierende Sitzung des Bezirksverbands Mittelfranken am 30. April



Konstituierende Sitzung des Bezirksverbands Oberbayern am 6. Mai



Konstituierende Sitzung des Bezirksverbands Unterfranken am 12. Mai

STABSÜBERGABE BEIM BAYERISCHEN INNOVATIONSRING

EIN NEUES KAPITEL HAT BEGONNEN

Nach 12 Jahren an der Spitze des Bayerischen Innovationsrings hat der damals noch amtierende Landrat **Josef Niedermaier**, Bad Tölz-Wolfratshausen, am 15. April 2026 die Leitung an Landrat **Dr. Alexander Legler**, Aschaffenburg, übergeben. Landrat Dr. Legler war in der Mitgliederversammlung einstimmig als neuer Vorsitzender gewählt worden.

Josef Niedermaier hat den Innovationsring mit großem Einsatz, Weitblick und viel Herzblut geprägt. Sein Wirken war dabei stets von einem klaren Gedanken getragen: Herausforderungen der Landratsämter gemeinsam und praxisnah zu lösen. Sein Ausscheiden steht im Zusammenhang mit seiner Entscheidung, bei der Kommunalwahl im März 2026 nicht mehr anzutreten – ein bewusster Abschluss einer intensiven kommunalpolitischen Amtszeit.

Erfolgsmodell seit 1997

Ein Blick zurück: Seit der Gründung 1997 im Landratsamt Miltenberg hat sich der Innovationsring im Bayerischen Landkreistag zu einer starken Gemeinschaft von heute 26 Landkreisen entwickelt – getragen von Zusammenarbeit, Vertrauen und Innovationsgeist.

Neue Impulse für die Zukunft

Jetzt hat ein neues Kapitel begonnen: Mit Landrat Dr. Alexander Legler übernimmt eine Persönlichkeit die Leitung, die diesen erfolgreichen Weg mit frischen Impulsen und großer Wertschätzung für das bisher Erreichte fortführt. Die Themen bleiben anspruchsvoll und zukunftsweisend: u.a. Digitalisierung, Fachkräftesicherung und auch der Einsatz von KI in der Verwaltung. Was bleibt, ist die Haltung: „Gemeinsame Herausforderungen werden gemeinsam angepackt.“

Dank und gute Wünsche

Ein großes Dankeschön an Josef Niedermaier für sein außergewöhnliches Engagement – und viel Erfolg und gutes Gelingen für Landrat Dr. Alexander Legler in seiner neuen Aufgabe.



Links von der Schützenscheibe: Direktor Klaus Geiger, Bayerischer Landkreistag, Landrat Josef Niedermaier, Bad Tölz-Wolfratshausen, Landrat Dr. Alexander Legler, Aschaffenburg

KOMMUNEN AM LIMIT

BAYERISCHE KOMMUNALE SPITZENVERBÄNDE FORDERN STRUKTURREFORMEN STATT IMMER NEUER BELASTUNGEN GEMEINSAMER AKTIONSTAG VON GEMEINDETAG, STÄDTETAG, LANDKREISTAG UND BEZIRKETAG

Kommunale Finanzen unter massivem Druck

Die finanzielle Lage der Kommunen verschärft sich bundesweit spürbar. Allein in den Jahren 2024 und 2025 summieren sich die kommunalen Finanzierungssalden auf mehr als 10 Milliarden Euro Defizit. Dabei fehlt es nicht an Einnahmen: Die kommunalen Steuereinnahmen stiegen 2024 um rund 340 Millionen Euro. Gleichzeitig erhöhten sich jedoch allein die Sozialausgaben um mehr als 1,1 Milliarden Euro. Das bedeutet: Noch bevor Straßen saniert, Schulen modernisiert, Busverbindungen finanziert oder Investitionen angestoßen werden können, ist das zusätzliche Geld bereits mehrfach aufgebraucht.

Gemeinsamer Appell an Bund und Länder

Vor diesem Hintergrund appellierten der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Städtetag, der Bayerische Landkreistag und der Bayerische Bezirktetag am 22. Juni 2026 gemeinsam an Bund und Länder, die kommunale Handlungsfähigkeit dauerhaft zu sichern. Damit haben sie vor den Beratungen zum Bundeshaushalt 2027 ein deutliches Signal an Bund und Länder gesetzt, schließlich sind es die Kommunen, die den Alltag der Menschen sichern.

Strukturelle Reformen statt neuer Belastungen

Die kommunale Familie fordert nachhaltige Lösungen für strukturelle Probleme. Im Mittelpunkt stehen dabei die konsequente Anwendung des Konnexitätsprinzips („wer anschafft, zahlt“), eine faire Verteilung der finanziellen Lasten zwischen

den staatlichen Ebenen, der Abbau überbordender Bürokratie sowie Reformen in den großen Ausgabenbereichen wie Sozialleistungen, Kinder- und Jugendhilfe und Gesundheitsversorgung, die die Kommunen nachhaltig finanziell entlasten.

Handlungsfähigkeit dauerhaft sichern

Die Kommunalen Spitzenverbände sind überzeugt: Die aktuellen Herausforderungen sind lösbar. Voraussetzung ist jedoch, dass Bund, Länder und Kommunen gemeinsam Verantwortung übernehmen und die notwendigen Strukturreformen jetzt entschlossen angehen. Nur so bleiben die Kommunen auch künftig in der Lage, Schulen, Krankenhäuser, Infrastruktur, soziale Leistungen, Mobilität und Bevölkerungsschutz zuverlässig zu sichern und weiterzuentwickeln.

Landrat Thomas Karmasin, Fürstenfeldbruck, Präsident des Bayerischen Landkreistags: „Die Herausforderungen sind groß, aber sie sind lösbar. Die Kommunen brauchen keine Schönfärberei, sondern verlässliche Rahmenbedingungen. Gerade in der Kinder- und Jugendhilfe erleben wir, dass immer neue bundesgesetzliche Ansprüche auf ein System treffen, das bereits stark belastet ist und zudem Defizite anderer Bereiche mit auffangen muss. Gleichzeitig brauchen wir starke kommunale Krankenhäuser für eine verlässliche Gesundheitsversorgung. Wenn Bund, Länder und Kommunen jetzt gemeinsam die notwendigen Strukturreformen angehen, Bürokratie abbauen und die Finanzierungsverantwortung wieder klarer zuordnen, können wir diese Entwicklung umkehren. Starke Kommunen sind keine Selbstverständlichkeit – aber sie sind die Voraussetzung für ein starkes Land.“

Der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl:

„Die Kommunen haben kein generelles Einnahmenproblem. Unser strukturelles und massives Finanzierungsdefizit wird durch nicht ausfinanzierte Aufgabenübertragungen von Bund und Land erzeugt. Deshalb nehmen die Bezirks- und Kreisumlagen den Städten, Märkten und Gemeinden die Luft zum Atmen und binden die letzten Spielräume. So bleiben vor allem freiwillige Aufgaben auf der Strecke,



V.l.n.r.: Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirkstags, Thomas Karmasin, Präsident des Bayerischen Landkreistags, Markus Pannermayr, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags

mithin die Angebote, durch deren Vorhandensein die Menschen vor Ort ihre Gemeinde und damit den Staat als funktionierend und beheimatend wahrnehmen und den Zusammenhalt stärken. Deshalb brauchen wir jetzt kurzfristig einen Ausgleich der Defizite und den Mut zu einer nachhaltigen Aufgaben- und Ausgabenkritik und damit im Grunde eine strukturelle Finanzreform.“

Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr: „Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden ist ernsthaft gefährdet. Die Menschen in unseren Städten und Gemeinden erwarten aber, dass kommunale Leistungen die Lebensbedürfnisse im Alltag berücksichtigen. Bund und Freistaat müssen deshalb dafür sorgen, dass die Kommunen in der Lage sind, ihre Leistungsangebote vor allem im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge an die Herausforderungen der Zeit anzupassen. Das breite Aufgabenspektrum der Städte und Gemeinden ist das Fundament, auf dem Städte die Voraussetzungen für ein gutes Zusammenleben der Menschen gewährleisten. Nur, wenn Städte und Gemeinden leistungsfähig sind, können sie den gesellschaftlichen, demografischen und klimatischen Entwicklungen gerecht werden. Deshalb braucht es strukturelle Anpassungen sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmenseite.“

Bezirkstagspräsident Franz Löffler, Oberpfalz, Präsident des Bayerischen Bezirkstags: „Für die Bezirke ist es eigentlich nicht fünf vor, sondern schon fünf nach zwölf. Die Kostenlawine bei den Sozialausgaben überrollt uns längst. Alleine bei der Eingliederungshilfe sind die Kosten zwischen 2020 und 2024 um 40 Prozent gestiegen. Auch bei der Hilfe zur Pflege steigen die Kosten seit Jahren kontinuierlich an. Wir müssen dieser Entwicklung dringend Einhalt gebieten, da wir ansonsten nicht nur die Haushalte der Bezirke, sondern auch die unserer Umlagezahler überfordern. Die Dialogprozesse und Reformvorhaben der Bundesregierung in den Bereichen Eingliederungshilfe, Pflege und Gesundheitsversorgung sind längst überfällig. Allerdings versprechen die momentan im Raum stehenden Vorschläge keine faire Verteilung der Kosten – vielmehr werden die Kommunen noch weiter belastet. Bund, Länder und Kommunen tragen gemeinsam Verantwortung. Deshalb müssen wir uns wieder darauf besinnen, was wir auch wirklich leisten können. Die Kosten immer nur bei den Kommunen abzuladen, löst das Problem nicht.“

KOMMUNALE EBENE ALS SCHLÜSSEL FÜR DIE KRISENVORSORGE UND DEN BEVÖLKERUNGSSCHUTZ IN BAYERN

Beim Treffen des Bayerischen Innenministeriums am 12. Juni 2026 in Ingolstadt kamen auf Einladung von Innenminister Joachim Herrmann die bayerischen Landrätinnen und Landräte sowie Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister zusammen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Frage, wie der Bevölkerungsschutz in Bayern angesichts neuer Herausforderungen weiter gestärkt werden kann.

Kreisverwaltungsbehörden übernehmen zentrale Rolle

Ein Schwerpunkt des Austauschs war die Bedeutung der Kreisverwaltungsbehörden für die Zivile Verteidigung. Sie sind im Krisenfall wichtige Ansprechpartner vor Ort und übernehmen zentrale Aufgaben bei der Koordinierung von Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung.

Zivil-militärische Zusammenarbeit im Fokus

Einen weiteren Schwerpunkt bildete die zivil-militärische Zusammenarbeit. Generalleutnant

André Bodemann erläuterte insbesondere die Rolle von OPLAN DEU und die Bedeutung einer engen Abstimmung zwischen zivilen und militärischen Akteuren, um die Handlungsfähigkeit im Krisen- und Verteidigungsfall sicherzustellen.

Neues Landesamt stärkt Bayerns Sicherheitsarchitektur

Vorgestellt wurde zudem das neue Landesamt für Bevölkerungsschutz, das künftig einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung und Stärkung des Bevölkerungsschutzes im Freistaat leisten soll.

Kommunen als starke Partner im Bevölkerungsschutz

Für den Bayerischen Landkreistag nahm Vizepräsident Landrat Dr. Oliver Bär an der Veranstaltung teil. Er betonte die zentrale Rolle der kommunalen Ebene für einen leistungsfähigen Bevölkerungsschutz. Städte, Gemeinden und Landkreise seien unverzichtbare Partner, wenn es darum gehe, Krisenvorsorge zu betreiben und die Bevölkerung wirksam zu schützen. Gemeinsam arbeiten Freistaat, Kommunen und weitere Partner daran, die Sicherheit und Handlungsfähigkeit Bayerns auch in außergewöhnlichen Krisenlagen nachhaltig zu stärken.



(Foto: Bayerisches Innenministerium/Cornelia Hammer und Bundeswehr Pionierschule/Julia Thomas)

56 ANTRÄGE INNERHALB EINES MONATS

PRÄSIDENT KARMASIN UND CSU-FRAKTION MIT ERSTER ZWISCHENBILANZ ZUM „EINFACH-MAL-MACHEN-GESETZ“

Das Bayerische Modellregionengesetz zeigt schon kurz nach seinem Inkrafttreten erste Erfolge: Seit dem 16. Mai wurden bereits 56 Anträge von bayerischen Städten, Gemeinden, Landkreisen und einer Verwaltungsgemeinschaft eingereicht. Das Spektrum reicht dabei von Befreiungen von einzelnen Rechtsnormen bis hin zu umfangreichen Befreiungspaketen.

Klaus Holetschek, Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion:

„Die schnelle Resonanz aus unseren Kommunen beweist, dass wir den richtigen Nerv getroffen haben. Ob Bau- und Sozialrecht, Schülerbeförderung, Jagdrecht und Flüchtlingsbetreuung – die zahlreichen Anträge zeigen: Landkreise, Städte und Gemeinden wollen Vertrauen, Handlungsspielräume und die Chance, pragmatische Lösungen direkt vor Ort zu entwickeln. Genau das bietet unser ‚Einfach-mal-machen-Gesetz‘. Die Anträge werden derzeit durch das Innenministerium und die fachlich zuständigen Ressorts geprüft. Jetzt kommt es darauf an, dass aus guten Ideen schnell konkrete Verbesserungen werden. Wir wollen weg vom lähmenden Klein-Klein, setzen auf kommunale Stärke, Eigenverantwortung und gesunden Menschenverstand.“

Thomas Karmasin, Präsident des Bayerischen Landkreistags, der am 17. Juni zu einem kommunalpolitischen Austausch zu Gast bei der CSU-Landtagsfraktion war: „Wir brauchen insgesamt mehr Vertrauen des Staates in die Kommunen. Mehr Vertrauen bedeutet weniger Vorschriften und damit insgesamt weniger Aufwand für alle Beteiligten. Das ‚Einfach-mal-machen-Gesetz‘ setzt an der richtigen Stelle an, nämlich bei den Kommunen vor Ort. Das zeigen auch die zahlreichen Anträge bereits einen Monat nach Inkrafttreten des Gesetzes. Entscheidend ist, dass die beantragten Freistellungen zügig bewilligt werden und überflüssige Vorschriften danach flächendeckend abgeschafft werden. Wir brauchen spürbare Entlastungen für die Kommunen.“

Kommunen, die ebenfalls Teil dieses Aufbruchs sein wollen, können sich weiterhin unter <http://www.modellregionen.bayern.de/> bewerben.
(CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag)



(Foto: CSU-Fraktion im
Bayerischen Landtag)

EINE SPRINGFLUT IM VOLLZUG

DREI VORHABEN, EIN ZEITPUNKT

Wasser ist in aller Munde – buchstäblich. Klimawandel, Hitze und Dürre, geopolitische Verwundbarkeit: Der Schutz und die Sicherung der Trinkwasserversorgung sind zu Recht wieder oben auf der politischen Agenda. Und so ist es nicht verwunderlich, dass Legislative und Exekutive auf allen Ebenen gleichzeitig aktiv geworden sind. Das Ergebnis: Wasserentnahmeentgelt, Trinkwassereinzugsgebieteverordnung und reaktiviertes Wassersicherstellungsgesetz landen gemeinsam und gleichzeitig bei den Kreisverwaltungsbehörden. Wer für Wasserverwaltung zuständig ist, erlebt derzeit eine „Springflut“: Einzelnen wäre jedes Vorhaben vielleicht bewältigbar – zusammen ist es eine andere Geschichte.

Die Landkreise tragen die Verantwortung für den Vollzug. Das ist ihr Auftrag, und sie nehmen ihn ernst. Aber Verantwortung braucht Personal, Systeme, klare Zuständigkeiten — und das Geld muss fließen, bevor die Arbeit beginnt, nicht irgendwann danach.

WASSERCENT: „DER START WAR FRÜHER ALS NÖTIG – UND DAS GELD IST NOCH NICHT DA“

Der Bayerische Landtag hat die Novelle des Bayerischen Wassergesetzes am 10. Dezember 2025 beschlossen; sie ist zum 1. Januar 2026 in Kraft getreten. Herzstück ist das Wasserentnahmeentgelt, kurz Wassercent: zehn Cent je entnommenem Kubikmeter Grundwasser, Freibeträge und eine Vielzahl an Ausnahmen. Erhoben wird ab dem 1. Juli 2026, die ersten

BAYWG-NOVELLE, TRINKWASSEREINZUGS- GEBIETEVERORDNUNG UND WASSERSICHERSTELLUNGSGESETZ

Von Dr. Christian Hofer, Direktor
beim Bayerischen Landkreistag

Festsetzungsbescheide sollen Mitte 2027 von den Kreisverwaltungsbehörden ergehen.

Besonders kritisch bleibt die politische Entscheidung gegen eine klare Messpflicht. Wer eine tatsächliche Entnahmemenge geltend macht, muss diese nicht messen, sondern nur glaubhaft machen. Das klingt nach Vertrauen und Selbstverantwortung. Im Vollzug klingt es nach Anhörung, Plausibilisierung, Schätzung, Festsetzung und Streit. Für die Abwassergebühr wird für jede Gartenbewässerung eine Wasseruhr erwartet; bei den Grundwasserentnahmen soll die Glaubhaftmachung genügen. Das ist kein Bürokratieabbau.

Parallel dazu schafft die Novelle neben zahlreichen materiellen Änderungen die rechtliche Grundlage für ein landesweit digitales Wasserbuch. Das ist technologisch richtig und überfällig. Nur: Die Plattform muss sukzessive im laufenden Betrieb programmiert und erprobt werden – weil man den Start entgegen erheblichen kommunalen Einwänden auf Mitte 2026 vorgezogen hat. Man behilft sich in der Zwischenzeit mit Übergangslösungen, die den politischen Zeitplan retten sollen. Ein belastbares Vollzugskonzept ersetzt das nicht.



Immerhin: Die Konnexität ist verhandelt. Vereinbart sind für die 96 Kreisverwaltungsbehörden 12,20 Millionen Euro einmalig für die Einführung des Wasserentnahmeentgelts und 25,18 Millionen Euro einmalig für Erstellung und Pflege des digitalen Wasserbuchs. Ab 2028 fließen für den weiteren Vollzug dauerhaft zwei Millionen Euro jährlich. Für eine gedachte bayerische Durchschnittsbehörde bedeutet das bis 2033 durchschnittlich 60.000 Euro Einmalzahlung – grob gerechnet der Gegenwert von einer halben Stelle der Qualifikationsebene 3. Ab 2034 gibt es laufend nur noch 20.000 Euro jährlich. Was politisch „Digitalisierungsdividende“ heißt, bedeutet in der Praxis: Es wird erwartet, dass die Systeme dann weniger Aufwand erzeugen. Damit die Zahlen stimmen, erfolgt zudem fortlaufend die Revision der Implementierungsschritte, deren Ergebnis dann zu Verrechnungen mit den fortlaufenden Zahlungen führt.

Das Problem: Die erste Tranche ist noch nicht ausgezahlt. Aus den Landratsämtern wird berichtet, dass weder befristetes noch unbefristetes Personal gewonnen werden kann, solange die konkreten Zahlungen nicht feststehen. Der Bayerische Landkreistag hat die Problematik konkret benannt und auf mögliche Verzögerungen im Vollzug hingewiesen. Die Botschaft ist einfach: Ohne Personal kein Vollzug. Ohne Vollzug kein Wassercent. Die erste Tranche muss jetzt ausgezahlt werden.

TRINKWASSEREINZUGSGEBIETEVERORDNUNG: „PRAGMATISMUS VERSPROCHEN, BÜROKRATIE GELIEFERT“

Die Trinkwassereinzugsgebieteverordnung (TrinkwEGV) ist Ende 2023 in Kraft getreten und setzt Artikel 7 und 8 der EU-Trinkwasser-richtlinie (RL 2020/2184) um. Die Ziele des Trinkwasserschutzes sind freilich zu begrüßen. Die Verordnung hingegen nicht und erst recht nicht, was daraus gemacht wird. Grundsätzlich gilt: Wasserversorgungsunternehmen sollen für jede Wassergewinnung risikobasierte Einzugsgebietsbewertungen erstellen. Die Kreisverwaltungsbehörden sollen auf dieser Grundlage Risikomanagementmaßnahmen festlegen. Die Betreiber hatten hierzu bis 12. November 2025 ihre Dokumentationen zu übermitteln. Die Festlegung der Risikomanagementmaßnahmen durch die Kreise soll bis 15. Mai 2027 erfolgen – danach im Sechsjahresrhythmus.

Der Bayerische Landkreistag hat sowohl die Verordnung selbst als auch das bayerische Umsetzungskonzept von Beginn an kritisiert: Trinkwasserschutz ist kein neues Thema für die Landkreise. Bayern weist seit Jahrzehnten Trinkwasserschutzgebiete aus. Das bewährte Verfahren schützt die Ressource wirksam. Was die TrinkwEGV daraufsetzt, steht in keinem angemessenen Kosten-Nutzen-Verhältnis. Es handelt sich letztlich um ein zweites Verfahren für denselben Schutzzweck.

Das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz hatte aufgrund der Kritik einen pragmatischen Vollzug im ersten Zyklus zugesagt: Ermessensspielraum bei der Prüftiefe, kein Ordnungswidrigkeitenverfahren, verbindliche Klärung der Aufgabenverteilung. Zwei Videokonferenzen mit jeweils über 90 Teilnehmenden aus den Kreisverwaltungsbehörden stimmten auf diesen Kurs ein.

Mit der Vollzugsbekanntmachung vom 12. Juni 2026 hat das Staatsministerium dieses Versprechen nun offenbar kassiert. Eine siebenseitige Anlage legt den Kreisverwaltungsbehörden ein detailliertes Pflichtenprogramm auf: verpflichtende Führung aller Checklisten der LAWA-Vollzugshilfe, umfassende Festlegung von Risikomanagementmaßnahmen einschließlich möglicher Auswirkungen auf Wasserschutzgebietsfestsetzungen, Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten sowie – besonders bemerkenswert – eine unmittelbare Berichterstattung direkt an den Bund.

Die Praxis spricht Klartext: Die neue Aufgabe bindet erhebliche Personalkapazitäten und ist mit der ursprünglichen Kostenschätzung des Bundes schlicht nicht vereinbar. Ein gemeinsames Verständnis nach dem Grundsatz „Wer anschafft, zahlt“, besteht zudem nicht; das Staatsministerium verneint einen konnexitätsrelevanten Verursachungsbeitrag. Der Bayerische Landkreistag widerspricht. Fortsetzung folgt.

WASSERSICHERSTELLUNGSGESETZ: „1965 GESCHRIEBEN, 2026 WIEDERENT- DECKT“

Das Wassersicherstellungsgesetz (WasSiG) stammt aus dem Jahr 1965. Es wurde seither nicht grundlegend erneuert und war – offen gesagt – mangels Finanzierung weitgehend in Vergessenheit geraten. Bis Cyberangriffe, Sabotage und großflächige Ausfalllagen die Frage nach der Trinkwasserversorgung im Krisenfall wieder auf die Tagesordnung gesetzt haben.

Das BBK-Rahmenkonzept vom 22. Februar 2022 hat die Sicherstellungsplanung hierzu fachlich

neu ausgerichtet: Nicht mehr der leitungsunabhängige Notbrunnen steht im Mittelpunkt, sondern die Resilienz der leitungsgebundenen Versorgung. Redundanzen, Härtung der Anlagen, Funktionsfähigkeit von mindestens 72 Stunden bei Stromausfall – das sind die neuen Anforderungen. Betrachtet wird dabei nicht nur der Verteidigungsfall, sondern auch hybride Großschadenslagen.

Planungsträger sind nach wie vor die Landkreise und kreisfreien Städte. Nähere Details können dem seit 2024 verpflichtenden BBK-Planungsmerkblatt entnommen werden, dem das Landesamt für Umwelt kürzlich eine ergänzende Planungshilfe an die Seite gestellt hat. Wichtig dabei: Förderfähig sind Härtungs- und Ausstattungsmaßnahmen der Wasserversorgungsunternehmen. Die Planungs- und Vollzugskosten der Landkreise selbst sind es leider nicht.

Dabei ist der Aufwand nicht unerheblich. Nach ersten Schätzungen muss man im Regelfall von 15 bis 30 Arbeitsstunden je Wasserversorgungsunternehmen ausgehen. Bei rund 2.400 bayerischen Wasserversorgungsunternehmen bayernweit kommt einiges zusammen. Für einen Landkreis mit etwa 25 Unternehmen bedeutet das 400 bis 750 Stunden allein für die unternehmensbezogene Bearbeitung – hinzu kommen erforderlichenfalls fortlaufende kreisweite Abstimmungen mit KRITIS-Stellen, Gesundheitsamt, Katastrophenschutz und der Gesamtbericht.

Bevölkerungsschutz ist eine staatliche Kernaufgabe. Wer sie den Landkreisen überträgt, muss sie auch finanzieren. Ein aus den 1960er Jahren stammendes, seit jeher unterfinanziertes System zu reaktivieren und sich auf bestehende Zuständigkeiten zu berufen, reicht dafür nicht aus.

DREI THEMEN, EINE FORDERUNG

Wasserentnahmeentgelt, TrinkwEGV und Wassersicherstellungsgesetz treffen zeitgleich zusammen. Beim Wasserentnahmeentgelt steht die erste Auszahlung aus. Beim Wassersicherstellungsgesetz fehlt ein Personalausgleich. Bei der TrinkwEGV werden zugesagte Entlastungen im Vollzug nicht abgebildet.

Die kumulierte Belastung ist real. Die Landkreise stehen dazu. Trinkwasserschutz, Krisenvorsorge und Ressourcensteuerung sind keine bürokratischen Pflichtübungen – sie sind Daseinsvorsorge. Aber Daseinsvorsorge funktioniert nur, wenn die Rahmenbedingungen stimmen: klare Zuständigkeiten, verlässliche Finanzierung, praxistaugliche Verfahren.

Der Bayerische Landkreistag hat für alle drei Vorhaben konkrete Forderungen formuliert: Die erste Tranche der Konnexitätszahlungen zum Wassercent muss unverzüglich ausgezahlt werden. Die Vollzugsbekanntmachung zur TrinkwEGV muss überarbeitet und der zugesagte pragmatische Vollzug muss verbindlich abgesichert werden. Und die Vollzugskosten der TrinkwEGV und des Wassersicherstellungsgesetzes müssen angemessen ausgeglichen werden – mit einer ehrlichen Aufwandserhebung als Grundlage.

Der Gesetzgeber hat erkannt, dass Wasser eine endliche und schützenswerte Ressource ist. Das ist erfreulich. Er muss auch anerkennen, dass der Vollzug dieser Erkenntnis Personal braucht – und Zeit, und Geld. Sonst heißt es nach der Springflut dauerhaft „Land unter“.

DIE BAYERISCHE VERWALTUNGSSCHULE (BVS) PASST GEBÜHREN AB 2027 AN

„WIR TRAGEN BEWUSST EINEN TEIL DER KOSTEN SELBST“

Herr Witthauer, die Bayerische Verwaltungsschule (BVS) wird ihre Gebühren zum 1. Januar 2027 anpassen. Warum ist dieser Schritt notwendig?

Die BVS finanziert sich ausschließlich über Gebühren. Die letzte grundsätzliche Anpassung erfolgte im Jahr 2023. Seitdem haben sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen deutlich verändert. Wie viele andere Einrichtungen sind auch wir von steigenden Personal-, Sach- und Infrastrukturkosten betroffen. Hinzu kommen höhere Ausgaben für Unterbringung und Verpflegung unserer Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die Anmietung externer Räumlichkeiten sowie die Vergütung unserer nebenamtlichen Lehrbeauftragten. Um die hohe Qualität unserer Aus- und Fortbildungsangebote langfristig sicherzustellen, ist eine Anpassung der Gebühren daher unumgänglich.

Welche Rolle spielt die Qualität der Bildungsangebote bei dieser Entscheidung?

Eine sehr große Rolle. Die Aus- und Fortbildung für die öffentliche Verwaltung lebt von qualifizierten Lehrkräften, modernen Lernumgebungen und einer leistungsfähigen Infrastruktur. Unser Ziel ist es, den Kommunen auch künftig hochwertige und zukunftsorientierte Bildungsangebote zur Verfügung zu stellen. Dafür müssen wir die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der BVS dauerhaft sichern.

Wie wurden die neuen Gebühren ermittelt?

Die Grundlage bildet eine Gebührenkalkulation des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands (BKPV). Diese Kalkulation berücksichtigt die tatsächlichen Kostenentwicklungen und dient als Basis für die Anpassung des Gebührenverzeichnisses. Der Verwaltungsrat der BVS, in dem auch die kommunalen Spitzenverbände vertreten sind, hat auf dieser Grundlage die notwendigen Beschlüsse gefasst.

Viele Kommunen stehen derzeit selbst unter erheblichem finanziellem Druck. Wie wurde das bei der Entscheidung berücksichtigt?

Interview mit
Hans-Christian Witthauer,
Vorstand der Bayerischen
Verwaltungsschule (BVS)



Das war ein zentraler Aspekt unserer Überlegungen. Mir war wichtig, die wirtschaftlichen Belastungen für die Kommunen verantwortungsvoll zu berücksichtigen. Deshalb wird die BVS die vom BKPV ermittelten Kostensteigerungen nicht vollständig an die Kommunen weitergeben. Die Gebühren werden bewusst unterhalb der kalkulierten beziehungsweise empfohlenen Sätze festgesetzt.

Das bedeutet, die BVS trägt einen Teil der Mehrkosten selbst?

Ja. Wir haben uns ganz bewusst für diesen Weg entschieden. Damit verbunden ist ein kalkuliertes wirtschaftliches Risiko, das die BVS im Interesse ihrer kommunalen Partner übernimmt. Flankiert wird dies durch interne Konsolidierungs- und Einsparmaßnahmen. Auf diese Weise möchten wir unserer Verantwortung als verlässlicher Bildungspartner der kommunalen Familie in Bayern gerecht werden.

Welche Botschaft möchten Sie den Kommunen mitgeben?

Mir ist Transparenz besonders wichtig. Gebührenanpassungen sind nie einfach und bedeuten zusätzliche finanzielle Belastungen. Gleichzeitig müssen wir sicherstellen, dass die Aus- und Fortbildung der Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung auch künftig auf hohem Niveau stattfinden kann. Gerade in Zeiten knapper Haushalte sollte deshalb nicht an Aus- und Fortbildung gespart werden, denn gut qualifizierte Beschäftigte sind eine wesentliche Voraussetzung für eine leistungsfähige und bürgernahe Verwaltung. Die BVS wird weiterhin alles daransetzen, ein leistungsfähiger und verlässlicher Partner der Kommunen zu bleiben.

Wie können sich Kommunen über die Änderungen informieren?

Das neue Gebührenverzeichnis wurde Ende Juni bereits im Bayerischen Staatsanzeiger veröffentlicht. Darüber hinaus stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BVS sowie ich persönlich für Fragen gerne zur Verfügung. Der offene Austausch mit unseren kommunalen Partnern bleibt für uns ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit.

Die neuen Gebühren der Bayerischen Verwaltungsschule treten zum 1. Januar 2027 in Kraft.

BAYERISCHE KLIMAWOCHE 2026

Auftakt mit Signalwirkung

Wenn am Abend des 8. Oktober 2026 Schloss Neuschwanstein in den bayerischen Klimastreifen erstrahlt, beginnt ein gemeinsamer Moment: Überall in Bayern wird sichtbar, wie Landkreise, Kommunen, Unternehmen, Vereine und viele weitere Akteure bereits heute Zukunft gestalten.

Der Auftakt setzt ein weithin sichtbares Zeichen für eine Woche, in der das vielfältige Handeln für Klimaschutz und Klimaanpassung im ganzen Freistaat in den Mittelpunkt rückt. Die Bayerische Klimawoche lebt nicht von einer einzelnen Veranstaltung, sondern von den zahlreichen Beiträgen aus den Regionen Bayerns. Gemeinsam

GEMEINSAM ZUKUNFT SICHTBAR MACHEN

zeigen sie, wie vielfältig und zukunftsorientiert Klimaschutz und Klimaanpassung bereits heute gelebt werden.

Die Bühne ist ganz Bayern

Die Bayerische Klimawoche wird in den Landkreisen, Städten und Gemeinden gestaltet. Hier entstehen Tag für Tag Ideen, Projekte und Initiativen für Klimaschutz und Klimaanpassung. Gemeinsam mit Unternehmen, Vereinen, Bildungseinrichtungen und vielen weiteren Partnern machen die Landkreise sichtbar, wie Zukunft vor Ort entsteht.

Sie gibt den zahlreichen Beiträgen aus ganz Bayern eine gemeinsame Bühne. Sie schafft einen gemeinsamen Moment, in dem sichtbar wird, wie viele Menschen und Organisationen bereits heute an einer zukunftsfähigen Entwicklung Bayerns arbeiten. So entsteht ein



Die Bayerische Klimawoche gibt den zahlreichen Beiträgen aus ganz Bayern eine gemeinsame Bühne.

(Copyright: Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV))

landesweites Bild dessen, was in Bayern bereits geschieht – und der gemeinsamen Verantwortung für die Zukunft.

Landkreise gestalten Zukunft sichtbar

Ob kommunale Wärmeplanung, Radverkehr, Klimabildung, Energieberatung, Moorrenaturierung oder Projekte zum Schutz vor Hitze und Starkregen: In den bayerischen Landkreisen wird täglich an einer zukunftsfähigen Entwicklung gearbeitet. Gemeinsam mit Städten und Gemeinden, Unternehmen, Vereinen und vielen weiteren Partnern entstehen Lösungen, die Klimaschutz und Klimaanpassung vor Ort voranbringen.

Die Aktionswoche bietet den Rahmen, diese Leistungen gemeinsam zu präsentieren. Sie macht gute Beispiele über Landkreisgrenzen hinaus bekannt und zeigt, wie aus vielen regionalen Beiträgen ein starkes gemeinsames Bild entsteht.

Infokasten:

Die Bayerische Klimawoche 2026

- Auftakt: 8. Oktober 2026 mit einer Illumination von Schloss Neuschwanstein
- Aktionszeitraum: 9. bis 18. Oktober 2026
- Leitgedanke: „Machen Sie sichtbar, wie Sie Zukunft gestalten.“
- Die Bayerischen Klimastreifen verbinden die vielfältigen Aktionen im ganzen Freistaat als gemeinsames Erkennungszeichen der Aktionswoche.
- Informationen, Materialien und Beteiligungsmöglichkeiten unter klima.bayern.

Die bayerischen Klimastreifen bilden dabei das gemeinsame visuelle Erkennungszeichen der Bayerischen Klimawoche. Sie schaffen über alle Aktionen hinweg einen hohen Wiedererkennungswert und machen deutlich, dass zahlreiche Akteure in ganz Bayern Teil einer gemeinsamen Initiative sind.

Gemeinsam Zukunft sichtbar machen

Vom **9. bis 18. Oktober 2026** zeigen Veranstaltungen, Projekte und Aktionen in den Landkreisen, Städten und Gemeinden, dass Klimaschutz und Klimaanpassung vielerorts gelebte Praxis sind.

So entsteht eine gemeinsame Bühne für die Vielfalt guter Beispiele in Bayern. Wenn am 8. Oktober Schloss Neuschwanstein den Auftakt zur Bayerischen Klimawoche bildet, beginnt ein gemeinsamer Moment, der sich in den Tagen danach in allen Regionen Bayerns fortsetzt. Denn Zukunft wird überall im Freistaat gestaltet.

Machen Sie sichtbar, wie Sie Zukunft gestalten.

ZWISCHEN REKORDBELASTUNG UND REFORMSTAU

LANDKREISVERSAMMLUNG 2026

Karmasin einstimmig als Präsident bestätigt

Bei der Landkreisversammlung 2026 des Bayerischen Landkreistags im Veranstaltungsforum Fürstenfeld in Fürstenfeldbruck haben die Delegierten die Verbandsspitze neu gewählt. Unter dem Leitmotiv „Gemeinsam gut. Gemeinsam weiter.“ standen neben den turnusmäßigen Neuwahlen vor allem die angespannte Finanzlage der Kommunen, die steigenden Sozialausgaben, die Krankenhausversorgung sowie der anhaltende Reformstau im Mittelpunkt der Beratungen und des Gesprächs mit dem Bayerischen Ministerpräsident, der sich auch in diesem Jahr wieder im bewährten Format „Politik im Dialog“ mit den Teilnehmern austauschte.

Doch zunächst standen Neuwahlen auf der Tagesordnung. Als Präsident wurde der Fürstenfeldbrucker Landrat Thomas Karmasin einstimmig wiedergewählt. Karmasin steht seit 2022 an der Spitze des Verbandes und zählt seit Jahrzehnten zu den prägendsten kommunalpolitischen Stimmen Bayerns. Bereits von 2014 bis 2022 war er Erster Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat des Landkreises Fürstenfeldbruck ist er seit 1996. Auf Bundesebene wirkt er zudem als Vizepräsident im Deutschen Landkreistag mit. In seiner Rede machte Karmasin deutlich, dass die kommunale Ebene zunehmend an strukturelle Grenzen stöße – insbesondere bei Sozialausgaben, Infrastruktur und Finanzierungssystematik.

Neues Präsidium: Erfahrung, Kontinuität und klare Mehrheiten

Auch die Vizepräsidenten wurden mit sehr deutlichen Ergebnissen bestätigt bzw. neu in ihre Ämter gewählt. Das Präsidium des Bayerischen Landkreistags setzt damit weiterhin auf Erfahrung und Kontinuität.

Oliver Bär: Juristische Präzision und kommunale Steuerungserfahrung

Dr. Oliver Bär wurde erstmals zum Vizepräsidenten gewählt. Der promovierte Jurist steht seit 2014 an der Spitze des Landkreises Hof. In dieser Zeit hat er den Landkreis insbesondere in Fragen der Verwaltungsmodernisierung, der Bildungslandschaft und der kommunalen Infrastrukturentwicklung geprägt. Seit 2023 ist er zudem Bezirksverbandsvorsitzender des Bayerischen Landkreistags in Oberfranken.

Tamara Bischof: Langjährige Amtskontinuität und Fokus auf Gesundheit

Tamara Bischof wurde als Vizepräsidentin bestätigt. Sie ist seit dem Jahr 2000 Landrätin des Landkreises Kitzingen und damit nicht nur die dienstälteste Landrätin Bayerns, sondern auch deutschlandweit. Seit mehr als zwei Jahrzehnten ist sie fest in den Gremien des Bayerischen Landkreistags verankert und bringt kontinuierlich Erfahrung aus der kommunalen Praxis in die Verbandsarbeit ein.

Seit 2023 bekleidete sie das Amt der Zweiten Vizepräsidentin. Darüber hinaus ist sie Vorsitzende der Bayerischen Krankenhausgesellschaft und damit eine der zentralen Stimmen in der gesundheitspolitischen Debatte im Freistaat.

Armin Kroder: Verwaltungsmodernisierung und Zukunftsstrukturen

Armin Kroder komplettiert das engere Präsidium als Vizepräsident. Er ist seit 2008 Landrat des Landkreises Nürnberger Land und verfügt über langjährige Erfahrung in der kommunalen Verwaltung. Kroder war zuvor Vorsitzender des Ausschusses für Recht und Bildung des Bayerischen Landkreistags sowie Leiter der Projektgruppe Personal und Führung im Bayerischen Innovationsring. In dieser Funktion beschäftigte er sich intensiv mit Fragen der Fachkräftesicherung, der Modernisierung kommunaler Verwaltungsstrukturen und der Zukunftsfähigkeit öffentlicher Dienstleistungen.

Rekordbelastung in den kommunalen Haushalten

Im Mittelpunkt der politischen Debatte mit dem Ministerpräsidenten stand die Finanzlage der Kommunen. Karmasin sprach von einer zunehmend strukturellen Überlastung der kommunalen Haushalte. Zwar seien die Steuereinnahmen zuletzt gestiegen, die Sozialausgaben hätten jedoch deutlich stärker zugelegt. Dadurch entstünden wachsende Defizite, die die Handlungsfähigkeit der Landkreise spürbar einschränkten.

Die im Vorjahr errungene Erhöhung des kommunalen Anteils am Steuerverbund durch den Freistaat Bayern wurde begrüßt, gleichzeitig aber als nicht ausreichend bewertet, um die strukturelle Schieflage zu beheben.

Kinder- und Jugendhilfe im Kostenschock

Besonders deutlich fiel die Analyse zur Kinder- und Jugendhilfe aus. Karmasin sprach von einem „perfekten Sturm“ aus steigenden Fallzahlen, Fachkräftemangel, Tarifsteigerungen und wachsenden Rechtsansprüchen. Die Kostenentwicklung habe ein Niveau erreicht, das viele Landkreise stark unter Druck setze. Gleichzeitig wachse der Bedarf an flexibleren, praxistauglichen und weniger bürokratischen Lösungen.

Reformstau bremst kommunale Entlastung

Breiten Raum nahm die Diskussion über Verwaltungsmodernisierung und Bürokratieabbau ein. Karmasin kritisierte komplexe Verfahren, Doppelstrukturen und übermäßige Dokumentationspflichten.

Zugleich wurde deutlich: Viele notwendige Reformen auf Bundesebene kommen aus kommunaler Sicht nur schleppend voran. Dieser Reformstau wirke sich unmittelbar auf die Handlungsfähigkeit der Landkreise aus.

Gefordert werden daher klarere Zuständigkeiten, schnellere Verfahren und ein deutlich höheres Maß an Vertrauen in die kommunale Ebene.

Krankenhäuser unter wachsendem Druck

Ein weiterer Schwerpunkt war die Situation der kommunalen Krankenhäuser. Die Landkreise sehen sich mit steigenden Defiziten und zusätzlichen Belastungen durch bundespolitische Reformvorhaben konfrontiert. Karmasin warnte vor einer weiteren finanziellen Überforderung der kommunalen Träger. Gefordert wurde daher eine vollständige Finanzierung versicherungsfremder Leistungen durch den Bund sowie eine langfristig verlässliche Krankenhausfinanzierung.

Landkreise als Stabilitätsanker des Freistaats

Am Ende der Versammlung bestand Einigkeit, dass die Landkreise eine zentrale tragende Säule des Freistaats bleiben. Sie sichern Leistungen in den Bereichen Krankenhausversorgung, Jugendhilfe, Infrastruktur, ÖPNV und Bevölkerungsschutz – unter zunehmend schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen.

Karmasin fasste zusammen: Die Landkreise übernehmen täglich Verantwortung vor Ort, benötigen dafür aber verlässliche finanzielle Grundlagen und weniger bürokratische Belastungen. „Starke Landkreise sichern ein starkes Bayern.“



Führt durch die Ordentliche Landkreisversammlung: Andrea Degl, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistags



Präsident Thomas Karmasin bei seiner Rede



Abstimmung während der Ordentlichen Landkreisversammlung



Landrat und Vizepräsident Dr. Oliver Bär, Hof



Landrätin und Vizepräsidentin Tamara Bischof, Kitzingen



Das neue Engere Präsidium mit den mittelfränkischen Landräten und der Kreisrätin Renate Krach (2.v.l.), Lkr. Fürth, die neu im Landesaus-schuss dabei ist.



Die unterfränkischen Landrätinnen und Landräte mit ihrem neuen Mitglied im Landesausschuss Kreisrätin Bettina Bärmann, Lkr. Schweinfurt (3. v.l.)



Ministerpräsident Dr. Markus Söder, MdL



Landrat und Vizepräsident Armin Kroder, Nürnberger Land



Politik im Dialog (v.l.):
Präsident Thomas Karmasin,
Ministerpräsident Dr. Markus Söder, MdL,
und Moderator Julian von Löwis (BR)



Während der Tagung



EIN FESTABEND DER WERTSCHÄTZUNG UND DES DANKES

Der Festabend der Landkreisversammlung 2026 des Bayerischen Landkreistags in der Marthabräu Festhalle in Fürstenfeldbruck stand ganz im Zeichen der Wertschätzung für diejenigen, die über viele Jahre hinweg kommunale Verantwortung getragen haben. Im Mittelpunkt des Abends standen die zum 30. April ausgeschiedenen Landrätinnen und Landräte, die ihre Landkreise oft über Jahrzehnte geprägt, Krisen bewältigt und zentrale Entscheidungen für die Menschen vor Ort getroffen haben.

Hohe politische Prominenz in Fürstenfeldbruck

Der Festabend war auch politisch hochrangig besetzt. Die Festrede hielt der Bayerische Staatsminister des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann, MdL, der die Bedeutung der kommunalen Ebene für den Freistaat besonders hervorhob. Auch die Präsidentin des Bayerischen Landtags Ilse Aigner, MdL, nahm sich die Zeit, persönlich an der Verabschiedung teilzunehmen – ein deutliches Zeichen der hohen Wertschätzung für die kommunale Familie und die ausgeschiedenen Amtsinhaber.

Auszeichnungen für außergewöhnliches Engagement

Mit dem Blauen und Goldenen Löwen des Bayerischen Landkreistags wurden Persönlichkeiten geehrt, die sich in besonderer Weise um die kommunale Selbstverwaltung verdient gemacht haben. Die Auszeichnungen würdigen nicht nur politische Lebensleistung, sondern auch den täglichen Einsatz in einem Amt, das weit über klassische Verwaltungsarbeit hinausgeht. Die Geehrten standen über viele Jahre hinweg an der Spitze ihrer Landkreise – in Krisenzeiten, Reformphasen und gesellschaftlichen Umbrüchen.

„Landrat ist man immer“

In seiner Festrede fand Präsident Thomas Karmasin besonders eindringliche Worte für die ausgeschiedenen Kolleginnen und Kollegen. „Landrat ist man nicht von acht bis fünf. Landrat ist man immer“, betonte Karmasin.

Er machte deutlich, dass kommunale Verantwortung keine regulären Arbeitszeiten kenne, sondern ständige Präsenz erfordere:

- bei Hochwasser und Katastrophen,
- in schwierigen Krankenhausdebatten,
- beim Bau und Erhalt von Schulen,
- bei Infrastrukturprojekten,
- auf Volksfesten und öffentlichen Terminen
- und immer dann, wenn schnelle Entscheidungen gefragt sind.

Jahrzehnte im Dienst der Heimat

Viele der Geehrten haben ihre Landkreise über lange Zeiträume geprägt und Entwicklungen maßgeblich gestaltet, die bis heute wirken. Ihr Wirken ist eng verbunden mit dem stetigen Wandel kommunaler Aufgaben – von der Daseinsvorsorge über Infrastruktur bis hin zu wachsenden sozialen Herausforderungen.

Dank an Familien und Wegbegleiter

Ein besonderer Teil der Würdigung galt den Familien der ausgeschiedenen Landrätinnen und Landräte. Sie hätten diesen anspruchsvollen Weg über viele Jahre hinweg mitgetragen und ermöglicht.

Der Abend machte deutlich, dass kommunale Spitzenämter nicht nur die Amtsträger selbst fordern, sondern stets auch ihr persönliches Umfeld stark einbinden.

Ein Dank, der in Erinnerung bleibt

Zum Abschluss fasste Karmasin die Wertschätzung des Abends in persönlichen Worten zusammen: „Vergelt's Gott. Passt auf Euch auf. Und bleibt so, wie Ihr seid. Denn Menschen wie Euch braucht unser Land mehr denn je.“

Diese Worte standen sinnbildlich für die Atmosphäre des gesamten Abends – geprägt von Respekt, Dankbarkeit und großer gegenseitiger Anerkennung.

Kommunale Verantwortung als gelebte Haltung

Der Festabend zeigte eindrucksvoll, was kommunale Selbstverwaltung im Kern bedeutet: Verantwortung übernehmen, nah bei den Menschen sein und Entscheidungen mit persönlichem Einsatz tragen.

Zwischen emotionalen Rückblicken und vielen persönlichen Begegnungen wurde deutlich: Kommunale Führung ist nicht nur Verwaltung – sondern gelebte Heimatverbundenheit und täglicher Dienst am Gemeinwohl.



Grußwort des Präsidenten des Deutschen Landkreistags Dr. Achim Brötzel



Übergabe des Spendenschecks für die Anton-Fliegerbauer-Kinderstiftung an den Gastgeber Landrat Thomas Karmasin



Für besondere Auszeichnungen des Bayerischen Landkreistags: die Porzellanlöwen

Die verabschiedeten Landräte der Bezirksverbände Mittel- und Unterfranken mit Präsident Thomas Karmasin (3.v.r.): v.l. Landrat a.D. Dr. Jürgen Ludwig, Ansbach, Landrat a.D. Jens Marco Scherf, Miltenberg, Landrat a.D. Wilhelm Schneider, Haßberge, Landrat a.D. Thomas Bold, Bad Kissingen, und Landrat und Vizepräsident a.D. Thomas Habermann, Rhön-Grabfeld



Die verabschiedeten Landräte der Bezirksverbände Niederbayern und Oberpfalz mit Präsident Thomas Karmasin (3.v.r.): v.l. Landrat a.D. Roland Grillmeier, Tirschenreuth, Landrat a.D. Willibald Gailler, Neumarkt i.d.OPf., Landrat a.D. und Präsident des Bayerischen Bezirkstags Franz Löffler, Cham, Landrat a.D. Martin Neumeyer, Kelheim, und Landrat a.D. Peter Dreier, Landshut

Die verabschiedeten Landräte des Bezirksverbands Oberbayern mit Präsident Thomas Karmasin (3.v.r.): v.l. Landrat a.D. Peter von der Grün, Neuburg-Schrobenhausen, Landrätin a.D. Andrea Jochner-Weiß, Weilheim-Schongau, Landrat a.D. Bernhard Kern, Berchtesgadener Land, Landrat a.D. Josef Niedermaier, Bad Tölz-Wolfratshausen, und Landrat a.D. Erwin Schneider, Altötting





Die verabschiedeten Landräte der Bezirksverbands Oberfranken und Schwaben mit Präsident Thomas Karmasin (3.v.r.):
v.l. Landrat a.D. Dr. Hermann Ulm, Forchheim,
Landrat a.D. Johann Kalb, Bamberg,
Landrätin a.D. Maria Rita Zinnecker, Ostallgäu,
Landrat a.D. Klaus Peter Söllner, Kulmbach,
und Landrat a.D. Stefan Rößle, Donau-Ries



Grußwort des Innenministers Joachim Herrmann am Festabend



Der Bayerische Staatsminister des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann, MdL, im Gespräch mit den Gästen



Die neuen, wiedergewählten und verabschiedeten Landrätinnen und Landräte mit (vorne v.l.) Staatsminister Joachim Herrmann, Landtagspräsidentin Ilse Aigner und Bezirkstagspräsident von Unterfranken Stefan Funk; mit Regierungspräsidentin Dr. Susanne Weizendorfer (hinten 2. v.l.) und Innenstaatssekretär Sandro Kirchner, MdL (hinten 4. v.l.)



Zu Gast am Festabend: Landtagspräsidentin Ilse Aigner, MdL



Musikalische Untermalung
am Festabend:
H.M.S Jazz-Trio

Landrat Michael Ziegler,
Haßberge (rechts)







Gute Stimmung am Festabend



Landrätin a.D. Andrea Jochner-Weiß (Mitte) mit Landrat Dr. Alexander Legler, Aschaffenburg, und Bezirkstagspräsident Stefan Funk, Unterfranken (beide links)



In bester Stimmung Landrat Albert Gürtner, Pfaffenhofen a.d. Ilm

DREIERGIPFEL IM LANDKREIS ESSLINGEN - LANDKREISE MÜNCHEN, LEIPZIG UND ESSLINGEN TAUSCHEN SICH ÜBER DEMOGRAFIE UND BEVÖLKERUNGSSCHUTZ AUS

AUS DEN
LANDKREISEN

Mitte Juni kamen die Landräte, Kreistagsmitglieder sowie Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltungen der Landkreise München, Leipzig und Esslingen zum Dreiergipfel im Landkreis Esslingen zusammen. Ziel des Treffens war der fachliche Austausch über zentrale Zukunftsfragen. Im Mittelpunkt standen der demografische Wandel, der Zivilschutz sowie Fragen zur Energieversorgung. Neben dem gemeinsamen Austausch im Landratsamt Esslingen gehörten auch Praxisbesuche zum Programm.

Die drei Landkreise, die seit vielen Jahren eine enge Partnerschaft pflegen, verbindet eines ganz besonders: die Stadt-Umland-Thematik, denn alle liegen in unmittelbarer Nachbarschaft einer großen Stadt. Viele Themen ähneln sich daher sehr, was den Erfahrungsaustausch besonders wertvoll macht. Als erster Programmpunkt standen

die Auswirkungen des demographischen Wandels und die Ansätze der Landkreise, diesen Herausforderungen zu begegnen, auf dem Programm. Weiteres zentrales Thema war der Zivilschutz – in ganz Deutschland spätestens seit dem Angriffskrieg auf die Ukraine wieder ein vorherrschendes Thema bis hinein in die Kommunalverwaltungen.

Einblicke in Verwaltung, Energie und Kreislaufwirtschaft

Im Anschluss erhielten die Anwesenden Einblicke in den neuen Verwaltungsbau des Landrats-



Teilnehmende der drei Landkreise vor dem ausgemusterten Turbinenläufer des Heizkraftwerks Altbach/Deizisau

amts Esslingen. Dabei stand nicht nur das technisch auf dem neuesten Stand ausgestattete Gebäude im Mittelpunkt, sondern auch seine Baugeschichte. Im Heizkraftwerk Altbach/Deizisau der EnBW (Energie Baden-Württemberg AG) informierten sich die Delegationen über die geplante Umstellung von Kohle auf Gas. Weitere Stationen waren das Kompostwerk Kirchheim, das eben erst grundlegend modernisiert wurde und das Freilichtmuseum Beuren, dessen Museumsträger der Landkreis Esslingen ist.

Beim Abschlussabend sprach Landrat Christoph Göbel den Teilnehmenden aus dem Herzen und dankte dem Gastgeber und allen Beteiligten sehr: „Es war ein großartiger, intensiver Austausch in sehr freundschaftlicher Begegnung. In allen Landkreisen können wir alle davon einmal mehr sehr profitieren.“

Die alle zwei Jahre stattfindenden Treffen schaffen damit nicht nur Raum für Best-Practice-Beispiele und konkrete Lösungsansätze, sondern stärken auch den fachlichen Austausch über die regelmäßigen Zusammenkünfte hinaus – zum Nutzen aller beteiligten Landkreise.

(LRA München)

FÜNF JAHRE PFLEGESTÜTZPUNKT IM LANDKREIS DILLINGEN A.D. DONAU - EINE ERFOLGSGESCHICHTE

Fünf Jahre kompetente Anlaufstelle für Pflegefragen

Vor fünf Jahren hat der Pflegestützpunkt des Landkreises Dillingen a.d. Donau seine Arbeit aufgenommen. Das niederschwellige, zentrale Beratungsangebot unterstützt Hilfesuchende unkompliziert, neutral und kostenfrei. Menschen jeden Alters, die pflegebedürftig sind oder eine Behinderung haben, sowie deren Angehörige können sich dort beraten lassen. Seit dem Start im Juli 2021 sind die Beratungszahlen stetig angestiegen. Im Jahr 2025 gab es insgesamt 933 Gesamtkontakte, im laufenden Jahr sind es bereits rund 500 Gesamtkontakte. „Die durchwegs positiven Rückmeldungen machen deutlich, wie wichtig es ist, Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für die Belange der Pflege und der Pflegeversicherung im Landkreis Dillingen zu haben“, verdeutlicht Landrat Markus Müller.

Unterstützung für Pflegebedürftige und Angehörige

Die Träger des Pflegestützpunkts sind der Landkreis Dillingen a.d. Donau und der Bezirk Schwaben unter der Leitung von Landrat Müller sowie die örtlichen Krankenkassen. „Pflegebedürftige Menschen sollen dabei unterstützt werden, möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben in der gewohnten Umgebung zu Hause zu führen“, beschreibt Müller das Ziel. „Pflegenden Angehörigen sollen Entlastungsangebote aufgezeigt werden, denn sie stellen eine tragende Säule in der Versorgung pflegebedürftiger Menschen dar.“

Die Beratung durch die Fachkräfte Martina Meitingner, Angelika Spinner sowie Gerhard Lindel erfolgt telefonisch, per E-Mail und im Büro in der Friedrich-von-Teck-Straße 9 in Höchstädt, in Einzelfällen auch bei Hausbesuchen. Es wird bei Gesprächen der persönliche Hilfsbedarf ermittelt, bei der Beantragung eines Pflegegrads, bei der Vorbereitung auf die Pflegebegutachtung oder beim Widerspruch und Information über die Leistungen der Pflegeversicherung unterstützt. Auch die psychosoziale Entlastung der Angehörigen und Betroffenen ist ein wichtiger Bestandteil der Beratung. Außerdem informieren die Fachkräfte über Betreuungseinrichtungen und weitere Unterstüt-

zungsmöglichkeiten im Rahmen ihres Netzwerkes aus Sozialdiensten der Kliniken, Seniorenheimen, ambulanten Diensten und Behörden. Vor allem für Menschen, die selbst keine Hilfe organisieren können, weil sie physisch, psychisch oder kognitiv dazu nicht in der Lage sind, versuchen die Fachkräfte ein tragfähiges Netz zu spannen.

Vernetzung für eine starke Pflege vor Ort

Auch an der Vernetzung kommunaler Strukturen ist der Pflegestützpunkt beteiligt. Ein Beispiel ist die Arbeitsgruppe „WeCare“, die zusammen mit den Kreiskliniken, Pflegeschulen und Senioreneinrichtungen ins Leben gerufen wurde, um junge Menschen für soziale Berufe zu gewinnen. Die „Tour de Care“, bei der Jugendliche mit dem Bus Ausbildungsberufe im Gesundheitswesen kennenlernen, ist dieses Jahr wieder gestartet.

Engagement für Demenz und junge Pflegende

Zum Thema Demenz, das immer mehr Menschen betrifft, koordiniert der Pflegestützpunkt zusammen mit andere Akteuren Veranstaltungen im Rahmen der „Bayerischen Demenzwoche“.

Auch „Young Carer“, also Kinder und Jugendliche, die Geschwister, Eltern oder Großeltern betreuen und pflegen, sind oft allein gelassen. Mögliche Ansprechpartner an Schulen und in Jugendgruppen für deren Probleme und Bedürfnisse zu sensibilisieren, ist dem Pflegestützpunkt eine Herzensangelegenheit.

Information und Orientierung für die Öffentlichkeit

Über den Landkreis verteilt, finden zudem regelmäßige Vorträge für die Öffentlichkeit statt, unter anderem über die VHS mit dem Titel „Hilfe durch den Pflegedschungel“.

(LRA Dillingen a.d.Donau)



Blicken auf fünf erfolgreiche Jahre des Pflegestützpunktes im Landkreis zurück: v.l. Fachbereichsleiter Soziales Thomas Veh, Seniorenberatung Anna Hoffmann, Landrat Markus Müller sowie Fachkräfte des Pflegestützpunktes Martina Meitinger, Gerhard Lindel und Angelika Spinnler.
(Foto: Peter Hurler, LRA Dillingen a.d.Donau)

EIN WEITERER BAUSTEIN FÜR SICHERHEIT UND SCHNELLE HILFE

KREISEINSATZZENTRALE AM LANDRATSAMT LANDSHUT OFFIZIELL ERÖFFNET

Kreiseinsatzzentrale offiziell in Betrieb

Seit 1. Februar kann sie zwar bereits alarmiert werden – jetzt ist die Kreiseinsatzzentrale am Landratsamt Landshut offiziell in Betrieb genommen worden. So begrüßte der zuständige Sachbearbeiter Wolfgang Metz den ehemaligen Landrat Peter Dreier, einige Führungsdienstgrade aus der Kreisbrandinspektion Landshut, weitere Vertreter des Landratsamtes aus Hausverwaltung und Fachbereich, Feuerwehr-Kollegen der Stadt Landshut und die ITK Klein, die als ausführende Firma den technischen Aufbau der neuen KEZ geplant und installiert hat.

Lehren aus Hochwasser und Pandemie

Fach-Kreisbrandinspektor Andres Pichl ging dabei auf die Entstehungsgeschichte der Kreiseinsatzzentrale ein. Nach der Hochwasser-Katastrophe im Bereich Rottal-Inn im Jahr 2016 war die Bedeutung funktionsfähiger Lagezentren und Organisationsstrukturen noch einmal deutlich geworden. Auch die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die baulichen Voraussetzungen am alten Landratsamt Landshut in Achdorf nur sehr eingeschränkt für eine moderne und effektive Stabsarbeit geeignet sind. „Wir waren im ganzen Gebäude zerstreut, es mussten zum Teil erst noch Kommunikationsleitungen gezogen werden, Besprechungsmöglichkeiten waren nur wenig gegeben. Wichtig war es uns, die Blaulicht-Organisationen mit den politischen Entscheidungsträgern und der Verwaltung zusammenzubringen, die die Lage abarbeiten, sobald die Schwelle zum Katastrophenfall überschritten

wird. Deshalb mussten wir die Chance, die dieser Neubau geboten hatte, unbedingt ergreifen. Diese Idee, die Kreiseinsatzzentrale in das neue Landratsamt zu integrieren, wurde von der ersten Sekunde an voll unterstützt.“

Zentrale Koordination bei Großschadenslagen

So ist im Zuge des Neubaus in Essenbach natürlich auch berücksichtigt worden, das Gebäude möglichst flexibel für alle Nutzungsformen zu gestalten – auch für den Katastrophenfall. So kann der gesamte Sitzungsbereich für ein großes Lagezentrum abgetrennt und umfunktioniert werden – ergänzt um die Kreiseinsatzzentrale als zentrale Kommunikationseinrichtung. Sie kommt zum Einsatz, wenn es aufgrund von Starkregen oder anderen Unwetterereignissen zu sehr vielen, auch kleineren, Einsatzstellen innerhalb eines kurzen Zeitraums kommt: Mehrere vollgelaufene Keller, umgestürzte Bäume – das sind die klassischen Aufgaben nach solchen Ereignissen, die Schritt für Schritt abgearbeitet werden müssen. Hier kommt die Kreiseinsatzzentrale ins Spiel: Mehrere, speziell geschulte Ehrenamtliche aus dem Blaulicht-Bereich strukturieren und koordinieren das Einsatzgeschehen und die verfügbaren Einsatzkräfte vom Landratsamt aus – auch um die benachbarten Kolleginnen und Kollegen der Integrierten Leitstelle zu unterstützen. Denn trotz eines hohen Einsatzaufkommens kann nur so sichergestellt werden, dass die wirklich zeitkritischen Notrufe an der 112 umgehend koordiniert werden können – sei es der schwere Verkehrsunfall oder auch der Herzstillstand, bei dem Sekunden über Leben und Tod des Betroffenen entscheiden können. Die vier Arbeitsplätze der KEZ können nach Bedarf um zwei weitere ergänzt werden. Insgesamt sind für diese Aufgabe 18 Ehrenamtliche umfassend geschult und qualifiziert worden.

Investition in den Katastrophenschutz

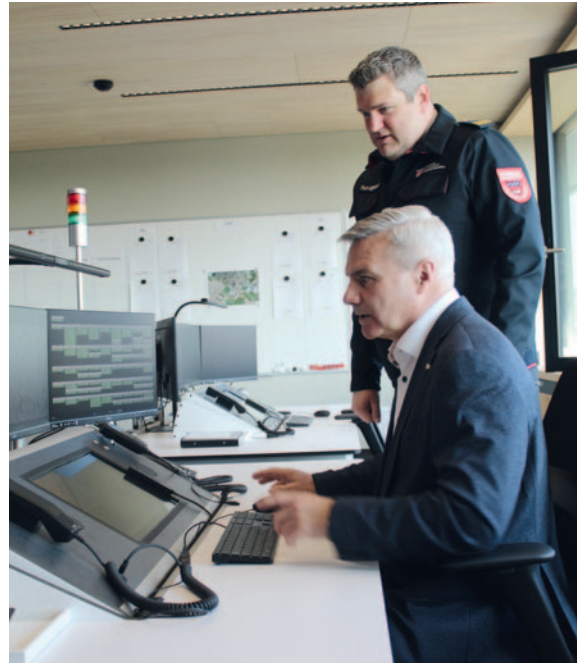
Auch Landrat a.D. Peter Dreier zeigte sich stolz, wie der Bereich Katastrophen- und Zivilschutz im Landkreis Landshut in den vergangenen Jahren auf neue Beine gestellt worden ist: „Mit dem Katastro-

phenschutz-Zentrum in Ergolding, der Integrierten Leitstelle in Essenbach und der Kreiseinsatzzentrale im Landratsamt sind wir für die Zukunft gerüstet – und das müssen wir auch sein, angesichts immer häufiger auftretender starker Unwetter, aber auch im Hinblick auf die ungewisse weltpolitische Lage.“ Er dankte dabei den zahlreichen Ehrenamtlichen, die sich in diesem Bereich einbringen: „Eine noch so gute Ausstattung ist nutzlos, wenn niemand das Engagement zeigt, sich hier einzubringen – und das zu jeder Tages- und Nachtzeit.“

Dank an die Projektbeteiligten

Wolfgang Metz richtete seinen Dank an den Fach-Kreisbrandinspektor Andres Pichl und den Fach-Kreisbrandmeister Jürgen Unfall, die sehr viele Stunden in Konzeption, Ausarbeitung und Ausführung der neuen Kreiseinsatzzentrale gesteckt haben. Sogar eine eigene Software hat Fach-KBM Unfall in diesem Zusammenhang geschrieben, um große Einsatzlagen effizient und schnellstmöglich abarbeiten zu können. Landrat a.D. Peter Dreier durfte dabei den ersten Einsatz anlegen und das System durchtesten.

(LRA Landshut)



Der damalige Landrat Peter Dreier legte gemeinsam mit Fach-Kreisbrandmeister Jürgen Unfall den ersten Probevorgang in der neuen Kreiseinsatzzentrale an.



Einer der neuen Arbeitsplätze der Kreiseinsatzzentrale



Die neue Kreiseinsatzzentrale ist offiziell in Betrieb genommen.

AUFTAKT FÜR EIN LÄNDERÜBERGREIFENDES ZUKUNFTSPROJEKT

Mit einer feierlichen Auftaktveranstaltung ist am 6. Juli in Mödlareuth der offizielle Startschuss für das Naturschutzgroßprojekt „Grünes Band Dreiländereck Bayern – Sachsen – Thüringen“ gefallen. Auf Einladung des Bund Naturschutz in Bayern gaben der Bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder, die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Bettina Hagedorn, Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber, der Sächsische Staatssekretär Ulrich Menke, die Thüringer Staatssekretärin Karin Arndt sowie die Landräte Dr. Oliver Bär (Landkreis Hof) und Christian Herrgott (Saale-Orla-Kreis) den symbolischen Auftakt für das länderübergreifende Naturschutzvorhaben.

OFFIZIELLER STARTSCHUSS FÜR DAS NATURSCHUTZ- GROSSPROJEKT „GRÜNES BAND DREILÄNDERECK“ IN MÖDLAREUTH

Ein Naturraum verbindet drei Freistaaten

Das im Bundesprogramm „chance.natur“ geförderte Projekt verfolgt das Ziel, wertvolle Lebensräume entlang des Grünen Bandes dauerhaft zu sichern, weiterzuentwickeln und über Ländergrenzen hinweg zu vernetzen. Das rund 6.500 Hektar große Projektgebiet erstreckt sich über den Landkreis Hof, den Vogtlandkreis und den Saale-Orla-Kreis entlang der ehemaligen innerdeutschen sowie der deutsch-tschechischen Grenze.

Mödlareuth als Symbol des Wandels

Landrat Dr. Oliver Bär, zugleich Vorsitzender des Zweckverbands Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth, unterstrich die besondere Symbolkraft des Veranstaltungsortes: „Mödlareuth steht wie kaum ein anderer Ort für die Überwindung der Teilung Deutschlands. Das



Grüne Band verbindet heute nicht nur Lebensräume, sondern auch Menschen und Regionen. Es macht Geschichte erlebbar, stärkt den Naturschutz und eröffnet zugleich Chancen für den Tourismus und die regionale Entwicklung.“

Auch der Bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder bezeichnete das Grüne Band als Sinnbild eines gelungenen Wandels: „Aus dem einstigen Todesstreifen ist ein Lebensband geworden. Was früher trennte, verbindet heute Menschen, Regionen und Natur. Gemeinsam wollen wir diesen einzigartigen Naturraum erhalten und zugleich die Anerkennung als UNESCO-Kultur- und Naturerbe erreichen.“



das Grüne Band als UNESCO-Weltkultur- und Weltnaturerbe zu etablieren. Mödlareuth ist dafür der ideale Ort, weil hier Geschichte und Naturschutz auf einzigartige Weise zusammenkommen.“

Gemeinsam für das Grüne Band

Mit der Übergabe der Förderurkunde und der Enthüllung eines Kunstwerks an der ehemaligen Grenzanlage in Mödlareuth wurde der Projektauf-takt symbolisch besiegelt. Das Kunstwerk steht für die enge Zusammenarbeit der drei Freistaaten Bayern, Sachsen und Thüringen beim Erhalt einer der bedeutendsten Biotopverbundachsen Europas. Das Naturschutzgroßprojekt setzt bewusst auf Kooperation und Freiwilligkeit. Kommunen, Eigentümer, Landwirte sowie weitere Akteure werden eng in die Planung eingebunden. So soll das Grüne Band nicht nur als Lebensraum für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten dauerhaft gesichert, sondern zugleich als lebendiger Erinnerungsort und zukunftsweisendes Gemeinschaftsprojekt im Herzen Europas weiterentwickelt werden.

(LRA Hof)

Förderung schafft die Grundlage

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Übergabe der Förderurkunde für die erste Projektphase. Bis Ende Oktober 2028 wird ein Pflege- und Entwicklungsplan erarbeitet, der die naturschutzfachlichen Potenziale des Gebietes analysiert und konkrete Maßnahmen für die anschließende Umsetzungsphase vorbereitet. Für diese Planungsphase stellt der Bund rund 813.000 Euro zur Verfügung.

Naturschutz, Geschichte und UNESCO-Perspektive

Projekträger ist das Nationale BUND-Kompetenzzentrum Grünes Band des Bund Naturschutz in Bayern e.V. Dessen Vorsitzender Martin Geilhufe erläuterte: „Wir bauen auf vorhandenen Erkenntnissen auf und ergänzen diese durch umfangreiche Kartierungen. So schaffen wir eine fundierte Grundlage, um das Grüne Band langfristig als wertvollen Naturraum zu sichern. Gleichzeitig verfolgen wir das Ziel,



NEUER JUGENDKREISTAG IM LANDKREIS ASCHAFFENBURG



Logo des Jugendkreistages

Zu seiner ersten Sitzung am 19. Mai 2026 konnte Landrat Dr. Alexander Legler erstmals den Jugendkreistag im Sitzungssaal des Landratsamts begrüßen. 36 Jugendliche gehörten bei der Konstituierung dem Gremium bereits an.

Die erste Sitzung folgte dem Zweck, den Grundstein für die erfolgreiche Arbeit des Jugendkreistags zu legen. Daher wurden zum einen Formalien erledigt, wie sich selbst eine Satzung und Geschäftsordnung zu geben. Zum anderen gab es die Möglichkeit, einander kennenzulernen. Darüber hinaus waren Vertreter des Bamberger Jugendkreistags zu Gast, die zur Inspiration einen Einblick in deren Arbeit gegeben haben. Der Jugendkreistag in Bamberg hat dem Landratsamt Aschaffenburg als Best-Practice-Beispiel gedient.

Landrat Dr. Alexander Legler lobte die Jugendlichen: „Ihr schreibt heute Landkreis-Geschichte. Ihr seid der erste Jugendkreistag von Aschaffenburg und werdet bereits auf diese Weise eine bleibende Wirkung behalten. Meine Kolleginnen und Kollegen im Kreistag und ich freuen uns bereits

GREMIUM ZUM MITREDEN, MITENTSCHEIDEN UND MITGESTALTEN

auf Eure wertvollen Ideen und Vorschläge. Denn wer könnte besser die Interessen von Jugendlichen vertreten, als Ihr selbst. Und so profitiert schlussendlich auch der „Erwachsenen-Kreistag“, weil wir mit Euch Expertinnen und Experten in eigener Sache gewinnen.“

Ziele

Der Jugendkreistag vertritt die Interessen der Jugendlichen im Landkreis Aschaffenburg und unterstützt den Kreistag in allen Belangen, welche die Jugendlichen im Landkreis betreffen.

Er soll als beratendes Gremium die Stimme der Jugend stärken und die Bedürfnisse der jungen Generation besser erkennen. Mit der Beteiligung an politischen, sozialen und kulturellen Prozessen wird außerdem das Ziel verfolgt, demokratische Mitbestimmung auf kommunaler Ebene zu fördern.

Langfristiges Ziel ist es, die Jugendlichen für die kommunalpolitische Willensbildung und den Einstieg in die Kommunalpolitik zu interessieren.

Zusammensetzung

Der Jugendkreistag tagt mindestens zweimal pro Schuljahr – also jeweils einmal pro Schulhalbjahr.

Er setzt sich zusammen aus bis zu 70 Jugendkreisrätinnen und Jugendkreisräten zuzüglich des Sitzes des Landrats. Schülerinnen und Schülern aus Schulen im Landkreis oder in dessen Trägerschaft, die ihren Wohnsitz im Landkreis haben, können Mitglied werden.

Weitere Voraussetzungen sind außerdem, dass die Personen mindestens die 7. Klasse besuchen und zum Zeitpunkt ihrer Ernennung maximal 18 Jahre alt sind. Staatsangehörigkeit und Nationalität spielen keine Rolle.

Die Schulen entsenden entsprechend der Anzahl ihrer Schülerinnen und Schüler zwischen zwei bis vier Jugendkreisrätinnen bzw. Jugendkreisräte.

Jugendliche, die ihren Wohnsitz im Landkreis haben, aber keine Schule im Landkreis besuchen, können sich beim Kreisjugendring melden, um bei der Auswahl berücksichtigt zu werden.

Die Mitglieder werden jeweils für zwei Schuljahre benannt.

Der Jugendkreistag wählt aus seiner Mitte zwei Sprecherinnen und Sprecher sowie eine Sitzungsleitung. Der Landrat leitet die Sitzung des Jugendkreistages, sofern er diese nicht auf die gewählte Sitzungsleitung bei einzelnen Tagesordnungspunkten überträgt.

Öffentlichkeit

Die Sitzungen des Jugendkreistages sind grundsätzlich öffentlich. Vertreterinnen und Vertreter der Presse sind ausdrücklich willkommen.

Eine Vertretung der Kommunalen Bildungskoordination, der Kreisjugendpflege und des Kreisjugendrings sind beratende Mitglieder des Jugendkreistages und haben daher ein Rede-, aber kein Stimmrecht.

Zuhörerinnen und Zuhörer haben grundsätzlich kein Rederecht, allerdings kann dies bei Bedarf durch die Sitzungsleitung erteilt werden.

Anträge und Beschlüsse

Bis spätestens vier Wochen vor der Sitzung können die Jugendkreisrätinnen und Jugendkreisräte Anträge über die Verwaltung des Landkreises einreichen. Dabei ist der Jugendkreistag frei in der Wahl der zu behandelnden Themen und Anträge. Anhand der eingegangenen Anträge erstellt dann die Kommunale Bildungskoordination im Landratsamt eine Tagesordnung.

Der Jugendkreistag ist beschlussfähig, wenn mindestens die Mehrheit der Jugendkreisrätinnen und Jugendkreisräte an der Sitzung teilnimmt. Der Landrat, jede Jugendkreisrätin und jeder Jugendkreisrat haben je eine Stimme.

Rolle des Kreistags

Die Einrichtung eines Jugendkreistags hatte der Kreistag in seiner Sitzung vom 15. Dezember 2025 beschlossen. Er möchte jungen Menschen damit ein eigens gewähltes Gremium bieten, mit dem sie auch persönlich und unmittelbar ihre eigenen Interessen, Anliegen und Perspektiven auf Landkreisebene vertreten können.

Die Stellung des Jugendkreistags wird durch das Rederecht im Kreistag bestärkt, um dort einerseits proaktiv Anliegen einzubringen und umgekehrt bei Jugend-Themen auch als Expertinnen und Experten in eigener Sache hinzugezogen zu werden.

Die vom Jugendkreistag gewählten Sprecherinnen und Sprecher stellen die Beschlüsse im Kreistag vor und erhalten hierfür das Rederecht. Der Kreistag ist aufgefordert, sich in der nächstmöglichen Sitzung mit den Beschlüssen des Jugendkreistages auseinanderzusetzen.



Landrat Dr. Alexander Legler und der neue Jugendkreistag nach seiner ersten Sitzung

Finanzierung und Kosten

Ausgestattet ist der Jugendkreistag mit einem Etat von 9.000 Euro. Er beschließt in eigener Verantwortung über die Verwendung der vom Kreistag gewährten Mittel. Die Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sollen hierbei selbstverständlich beachtet werden.

Die Jugendkreisrätinnen und Jugendkreisräte haben außerdem Anspruch auf Erstattung der angefallenen Fahrtkosten zu den Sitzungen. Sitzungsgelder oder sonstige Aufwandsentschädigungen werden allerdings nicht gewährt.

Erste Themen

Im Rahmen der ersten Sitzung wurden bereits erste Ideen gesammelt, mit denen sich der Jugendkreistag in der Zukunft befassen könnte. So haben die Mitglieder ihrerseits Themen angesprochen, die von den Busverbindungen zur Schule handeln, von dem Thema der Berufsbildung, von der Verfügbarkeit von Wasserspendern

und Menstruationsprodukten in den Schulen oder auch von der Aufklärungs- und Präventionsarbeit zu Vapes, anderen Süchten, mentaler Gesundheit oder auch zu Rechtsradikalismus.

Auch in den Zeiten zwischen den Sitzungen wird die Kommunale Bildungskoordination im Landratsamt im Kontakt mit den Mitgliedern bleiben, um sie in der Vorbereitung von Beschlussvorschlägen zu unterstützen.

Ausblick

Der Jugendkreistag Aschaffenburg wird einen wertvollen Beitrag für die Zukunft unseres Landkreises leisten. Die aktive Beteiligung an politischen, sozialen und kulturellen Projekten stärkt das demokratische Bewusstsein auf kommunaler Ebene. Als Stimme der Jugend wird er die Anliegen junger Menschen direkt in die Entscheidungsprozesse des Kreistags einbringen können.

Mit dem kontinuierlichen Austausch zwischen Jugendlichen und Verantwortlichen trägt der Jugendkreistag maßgeblich dazu bei, den Landkreis Aschaffenburg zu einer noch lebendigeren, inklusiveren und zukunftsorientierteren Gemeinschaft zu machen – zum Wohl aller Generationen.

(LRA Aschaffenburg)

EIN JAHR TTZ NÜRNBERGER LAND

Erfolgreicher Start für das Technologietransferzentrum

Vor einem Jahr hat das „Technologietransferzentrum Nürnberger Land Smart People | Smart Production“ (TTZ) seine Arbeit aufgenommen. Heute steht fest: Das Zentrum hat sich erfolgreich etabliert. Mit ersten Forschungs- und Transferprojekten, einem starken Netzwerk und einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung ist das TTZ zu einem wichtigen Partner für Unternehmen im Nürnberger Land geworden.

„Das erste Jahr hat eindrucksvoll gezeigt, welches Potenzial im TTZ steckt. In kurzer Zeit ist es

ERFOLGREICHE BILANZ FÜR INNOVATION UND TRANSFER

gelingen, eine leistungsfähige Struktur aufzubauen und gleichzeitig konkrete Mehrwerte für die Unternehmen im Landkreis zu schaffen“, betont Landrat Armin Kroder. „Die erfolgreiche Projektarbeit und die große Nachfrage bestätigen, dass wir mit dem TTZ einen wichtigen Impuls für die Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts gesetzt haben. Wissenschaft, Wirtschaft und Kommunen arbeiten Hand in Hand und davon profitiert die gesamte Region.“

Forschung und Innovation mit regionalem Mehrwert

Bereits im ersten Jahr wurden mehrere Projekte gestartet: Von Robotik- und Automatisierungslösungen bis hin zu Initiativen zur Berufsorientierung und Fachkräftesicherung. Gleichzeitig entstand ein interdisziplinäres Team aus Professorinnen, Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeitenden sowie ein enges Netzwerk mit Unterneh-

men, Kommunen und Bildungseinrichtungen. Auch wirtschaftlich fällt die Bilanz positiv aus: Projekte mit einem Volumen von mehr als 300.000 Euro wurden bereits umgesetzt. Weitere Vorhaben im Umfang von rund vier Millionen Euro befinden sich in Vorbereitung oder im Antragsverfahren.

Starke Partnerschaften für die Region

„Das TTZ hat sich in kurzer Zeit zu einem wichtigen Innovationsmotor für unsere Region entwickelt. Besonders erfreulich ist, dass Unternehmen direkt von den Angeboten profitieren und neue Kooperationen entstehen“, sagt Laufs Erster Bürgermeister Thomas Lang. Röthenbachs Erster Bürgermeister Klaus Hacker ergänzt: „Die enge

Zusammenarbeit der Standorte zeigt, wie erfolgreich regionale Partnerschaften funktionieren können. Das TTZ bringt Innovationen direkt zu den Menschen und Unternehmen vor Ort.“

Blick in die Zukunft

Die Perspektiven für die kommenden Jahre sind vielversprechend: Die Zusammenarbeit mit Unternehmen soll weiter ausgebaut, zusätzliche Projekte auf den Weg gebracht und Innovationen noch schneller in die Anwendung überführt werden.



Das „[Technologietransferzentrum Nürnberger Land Smart People | Smart Production](#)“ wurde im Juni 2025 gegründet und ist eine Einrichtung der Technischen Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm. Es unterstützt insbesondere kleine und mittlere Unternehmen bei den Themen Digitalisierung, Automatisierung, Fachkräftesicherung und Transformation. Ziel ist es, wissenschaftliche Erkenntnisse in die betriebliche Praxis zu übertragen und gemeinsam mit Unternehmen innovative Lösungen für die Herausforderungen von morgen zu entwickeln.

(LRA Nürnberger Land)

LANDRAT EBELING SETZT ZEICHEN FÜR BARRIEREFREIHEIT

Seit einigen Jahren gibt es das Projekt „Legorampen“ beim Verein Lernende Region Schwandorf e.V. Dabei bauen Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam Rampen aus Legosteinen, um Hürden für z.B. Rollstuhlfahrer zu überwinden. Gleichzeitig soll das Projekt das Bewusstsein für Barrieren schärfen und das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderung im Landkreis stetig verbessern.

Als Vorsitzender des Vereins setzt sich auch Landrat Thomas Ebeling für diese Themen ein. Auf seinen Wunsch hin haben nun Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Naab-Werkstätten in Schwandorf zwei bunt gestaltete Legorampen für seinen persönlichen Besprechungsraum am Landratsamt („Blickpunkt“) angefertigt.

Die feierliche Übergabe der Rampen an den Landrat erfolgte kürzlich durch Margit Gerber, Geschäftsführerin Naab-Werkstätten, sowie durch Bianka Vollath von der Lernenden Region, gemeinsam mit Vertretern der Werkstätten und der Bauteams.

Weil sich darunter auch Menschen befanden, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind, konnten die Rampen auch ausgiebig getestet werden. Einhelliges Fazit: Die Rampen halten ihr Versprechen und Rollstuhlfahrer, aber auch Menschen mit Rollatoren oder mit Kinderwagen, können jetzt in den Besprechungsraum ohne Hürde gelangen.

Die Basis für dieses kreative Projekt schufen übrigens großzügige Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Schwandorf und darüber hinaus. Sie folgten in den vergangenen Monaten einem Aufruf und spendeten fleißig ungenutzte Legosteine. Mit großem Engagement und handwerklichem Geschick bauten dann Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Naab-Werkstätten aus den bunten Steinen zwei stabile und mobile Rampen. Landrat Ebeling bedankte sich daher bei der Übergabe bei allen Beteiligten für die fleißige Mitarbeit und das gelungene Projekt.

Und es sollen noch weitere Rampen an anderen Stellen im Landkreis folgen. Die Lernende Region startet daher einen Aufruf: Wer ungenutzte Legosteine spenden möchte, soll sich bei Bianka Vollath von der Lernenden Region melden: 09431/471-616, bianka.vollath@lernreg.de

(LRA Schwandorf)



Die an der Herstellung beteiligten Akteure der Naab-Werkstätten Schwandorf überbrachten die neue Rollstuhlrampe aus Klemmbausteinen für das Besprechungszimmer des Landrats. (Foto: Laura Kohl)

GEBURTSTAGE



Am 28. Mai wurde Landrat **Martin Bayerstorfer** 60 Jahre alt. Bayerstorfer ist seit 1. Mai 2002 Landrat des Landkreises Erding. Seit 2014 ist er beim Bayerischen Landkreistag Mitglied des Präsidiums und war von 2008 bis 2014 Mitglied im Landesausschuss. In den Fachausschüssen des Verbandes engagierte er sich unter anderem in den Bereichen Gesundheit und Soziales sowie Landesentwicklung und Umwelt. Bayerstorfer war von 2008 bis 2026 stv. Bezirksverbandsvorsitzender von Oberbayern. Bereits vor seiner Wahl zum Landrat war Martin Bayerstorfer kommunalpolitisch vielfältig als u.a. ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Hohenpolding und Mitglied des Kreistags Erding aktiv. Zudem gehörte er von Mai 1996 bis September 1998 dem Bayerischen Landtag an. Seit 2010 ist er Präsident des Verbandes Bayerischer Sing- und Musikschulen e.V.



Am 16. Juli feierte Landrat **Klaus Löffler** seinen 60. Geburtstag. Löffler ist seit 2016 Landrat des Landkreises Kronach. Beim Bayerischen Landkreistag ist er seit 2019 Mitglied des Landesausschusses und seit 2026 stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Verbraucherschutz. Zuvor war er u.a. Mitglied im Ausschuss für Landesentwicklung und Umwelt. Bereits vor seiner Wahl zum Landrat war Klaus Löffler kommunalpolitisch vielfältig engagiert. Von 2002 bis 2016 war er Erster Bürgermeister der Gemeinde Steinbach am Wald, zuvor gehörte er von 1990 bis 2002 dem Gemeinderat an und war von 1999 bis 2002 Fraktionsvorsitzender. Zudem war er von 1990 bis 2016 Mitglied des Kreistags Kronach und von 2008 bis 2013 außerdem Bezirksrat des Bezirks Oberfranken und Mitglied im Stiftungsrat der Oberfrankenstiftung.

PERSONALIEN



Impressum:

Herausgeber:

Bayerischer Landkreistag
Kardinal-Döpfner-Straße 8
80333 München

Telefon (089) 286615-0

Telefax (089) 282821

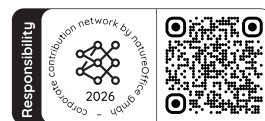
info@bay-landkreistag.de

www.bay-landkreistag.de

Für den Inhalt verantwortlich:

Andrea Degl
Geschäftsführendes Präsidialmitglied des
Bayerischen Landkreistags

Sarah Honold
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



natureOffice.gmbh/DE-077-953312

Druckerei Schmerbeck GmbH
Gutenbergstraße 12
84184 Tiefenbach

Der Bayerische Landkreistag ist einer der vier Kommunalen Spitzenverbände in Bayern.

Neben dem Bayerischen Landkreistag sind dies der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Städtetag und der Bayerische Bezirkstag. Die 71 bayerischen Landkreise haben sich freiwillig zu diesem Kommunalen Spitzenverband zusammengeschlossen, der gleichzeitig eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Dienstherreneigenschaft ist. Wesentliches Ziel des Bayerischen Landkreistags ist es, die kommunale Selbstverwaltung auf der Kreisebene zu sichern und zu stärken: Nach außen, insbesondere gegenüber dem Gesetzgeber und den Ministerien, werden die gemeinsamen Interessen der bayerischen Landkreise vertreten, nach innen werden die Mitglieder informiert und beraten.



Bayerischer Landkreistag

Kardinal-Döpfner-Straße 8 - 80333 München
Telefon: +49 (0) 89/286615-0 - Telefax: +49 (0) 89/282821
info@bay-landkreistag.de - www.bay-landkreistag.de